ALHAMBRA

Zeitung & Programm Mai 1945

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhaltsverzeichnis...

Seite 03 _ Prozesse gegen Antifas in OL
Seite 05 _ Karawanen-Action OL
Seite 09 _ Linke Avatgarde, ein Streitgespräch
Seite 14 _ Mittenwald 07 - der Berg ruft
Seite 16 _ Soziale Bewegung in Oaxaca
Seite 19 _ 1 Jahr Präsidentschaft in Bolivien
Seite 21 _ Der Schatten des Kreuzes
Seite 26 _ Stalins Killeraffen
Seite 27 _ VAs

Prozesse gegen Antifas in Oldenburg

Zu den Kommunalwahlen 2006 trat in Oldenburg auch der hiesige „Unterbezirk“ der NPD („Nationaldemokratische Partei Deutschland“) an. Um ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten, veranstalteten die Nazis mehrere Infostände und verteilten ihre rassistische Hetze in die Briefkästen der Oldenburger Bevölkerung. Während eines Infostands kam es zu spontanen Protest mehrerer AntifaschistInnen. Mehr als ein halbes Jahr später stehen mehr als 20 Menschen deswegen vor Gericht...

Was passierte.

Die NPD veranstaltete während des Kommunalwahlkampfs 2006 mehrere „Infostände“. Nach dem es bei vorherigen Versuchen, zum Beispiel während der Bundestagswahlen 2002, zu massiven Protesten von mehr als 500 Menschen gekommen war, veränderte die NPD ihre Strategie: Anpolitisierte junge Jugendliche wurden beauftragt Flugblätter in die Postkästen in Oldenburg zu verteilen. Die „Infostände“ wurden in entfernte Randgebiete Oldenburgs verlegt und Unterstützung aus anderen Landkreisen angefordert. Am 10.09.2006 versammelten sich etwa 15 Nazis, um ihre Propaganda an einem solchen „Infostand“ zu verbreiten. Als einige AntifaschistInnen erschienen, baute die NPD ihren Infostand ab. „Nazis Raus“-Rufe wurden über den Platz gerufen; während dessen bewaffneten sich die Nazis.

Michael Meyer, damaliger Kandidat der NPD im „Wahlkreis II (Mitte-Süd-Oldenburg)“ und Vorsitzender des NPD-“Unterbezirks Oldenburg Stadt“, bewaffnete sich mit einer circa 2 Meter langen Holzlatte, die er eigenhaendig aus einer Zaunverankerung riss. Ein anderer Nazi drohte mit einer Eisenstange, die augenscheinlich bereits vorher in Bereitschaft gelegen hatte, um etwaige AntifaschistInnen angreifen zu können. Andere Nazis übten sich in verbalen Drohungen oder sie drohten mit Resten eines NPD-Sonnenschirms. Polizisten waren lediglich in Zivil vor Ort und für viele in der Form natürlich nicht von den Nazis zu unterscheiden. Sie telefonierten allerdings nach einiger Zeit weitere Einsatzkräfte herbei. Während dessen versuchte Michael „Holzlatte“ Meyer eine paar Menschen mit der Holzlatte anzugreifen, die einige Flugblätter der NPD durch die Luft und auf den Boden fallen ließen.

Um eine Eskalation zu vermeiden, verließen die AntifaschistInnen den Parkplatz. Eine (andere) Gruppe AntifaschistInnen wurden etwa 500 Meter von den Nazis entfernt, von einigen völlig hysterischen Beamten aufgehalten. Alle AntifaschistInnen wurden in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Der Grund für diese „Maßnahme“ sind ein paar kaputte NPD Plakate und durch die Luft fliegende NPD Flyer gewesen, die während des Protestes von einigen AntifaschistInnen „entsorgt“ worden sein sollen.

Medienecho.

Am gleichen Abend berichte Radio Bremen über „Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der linken Szene und der Polizei“. „Etwa 20 Randalierer“ sei

nen Festgenommen worden, weil sie einen „Infostand der NPD gestürmt und Wahlplakate zerstört“ hätten. Ähnlich äußerte sich die örtliche „Nord West Zeitung“. Alle beriefen sich auf den „Polizeibericht“.
Da wollte natürlich die NPD nicht kleinlich sein. In einer Pressemitteilung des UB Oldenburg, lobte die Partei den „umsichtigen Einsatz der oldenburger Polizei“; schließlich „sahen sich“ die AntifaschistInnen „15 kräftigen NPD-Anhängern und der sofort eintreffenden Polizei“ ausgesetzt. Eine Arbeitsteilung – die nach Ansicht der Nazis – also durchaus funktioniert hat.
So weit, so schlecht. Die nächsten Infostände wurden von einem Großaufgebot der Polizei geschützt. Während Nazi-Schläger durch die Umgebung flanierten, um etwaige AntifaschistInnen anzugreifen, war keine antifaschistische Meinungsäußerung mehr möglich.
Nach mehr als fünf Monaten landeten nun die ersten „Strafbefehle“ in den Briefkästen einiger Angeklagter. Wer nun glaubt, dass die Nazis - aufgrund ihrer Bewaffnung und des Angriffsversuchs auf die protestierenden Menschen - verurteilt werden, irrt sich; Angeklagt sind einige AntifaschistInnen. Ohne Verhandlung sind inzwischen Strafbefehle ergangen – der kollektive Vorwurf: Landfriedensbruch. Gegen alle Strafbefehle wurde Widerspruch eingelegt.

Was vor Gericht passiert.

Die ersten beiden Prozesse wurden gegen Zahlung einer Geldstrafe eingestellt. Ein anderer Prozess gegen einen Antifaschisten, zieht sich nun schon über mehrere Wochen dahin. Da sich die Verteidigung des Angeklagten nicht auf eine Einstellung mit Auflage einlassen wollte, wurde der Prozess vertagt und an einem Folge-Termin mehrere Polizisten gehört und einge AntifaschistInnen einer Befragung unterzogen. Die Polizisten erhärteten das Konstrukt einer „Gruppe“, die „geschlossen“ den NPD Stand angegangen hätte. Sie hätten angeblich - an einem ruhigen Sommertag - neben der NPD gestanden, als diese auf einmal ihren Stand abbaute, weil einige AntifaschistInnen erschienen.Obwohl die Beamten in Zivil waren - und damit eine Unterscheidung zwischen Nazis und Beamten - schwierig ist, ruehmen sie sich, eine „Konfrontation“ verhindert zu haben. Es waren lediglich 3 Beamte vor Ort. Diese sind Angehörige der politischen Polizei; und der Präsident der Polizeidirektion „Oldenburg / Ammerland“ Johann Kühme.
Erst später stießen weitere Polizisten hinzu. Diese hatten in der Nähe gewartet, weil „damit zu rechnen“ war, „dass es Proteste geben könnte“. Diese organisierten - nach eigenen Angaben - zwar keine „Hetzjagd in dem Sinne“, aber eine „Treibjagd“ auf alles, was in das Raster des „dunkel gekleideten“ Autonomen passen könnte.
Ein Polizist kann, obwohl die „flüchtenden“ AntifaschistInnen vor und hinter einer Kirche liefen, sogar ausschließen, dass sich Personen entfernt haben, oder dazugekommen sind. Als Begründung für die Fähigkeit durch Gebäude schauen zu können, führte der Polizist seine sechsjährige Tätigkeit bei der „Bepo“ (Bereitschaftspolizei) an. Die festgenommenen Personen waren angeblich eine „dunkle Einheit“, wie sich alle, Zeugen der Anklage, äußerten. Bisher reichen die die dünnen „Zeugen“-Aussagen nicht aus.
Da der Richter nach einem Grund suchte, den Antifaschisten zu verurteilen, bemuehte er das Konstrukt der Uniformierung. Da die Antifaschisten „dunkel“ gekleidet waren und sogar (!) Kapuzenpullover angehabt hätten, sehe er Indizien, dass „Kleidungstücke als Ausdruck einer politischen Gesinnung“ getragen worden wären. Dieser Prozess ist - mit dem Druck der Alhambra Zeitung - noch nicht abgeschlossen. Auch wenn nach Meinung des Richters „schlampig“ ermittelt wurde, ist sein Wille den angeklagten Antifaschisten nicht freizusprechen deutlich erkennbar. Der Rechtsanwalt des Angeklagten äußerte mehrfach, dass der Richter sich „sein Urteil bereits gebildet“ hätte.
Während des 62. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, am 8. Mai 2007, sind gleich drei Prozesstermine gegen AntifaschistInnen angesetzt worden. An diesem historischen Datum könnte es also wieder sein, dass AntifaschistInnen verurteilt werden.

Kriminalisierung.

Doch alleine die Umstände zeigen mehr als deutlich, dass die Oldenburger Behörden kein Interesse haben, gegen die Nazis überhaupt zu ermitteln. Ins Fadenkreuz des Justizapparates sind - wieder einmal - einige AntifaschistInnen geraten. Der legitime Protest gegen alte und neue Nazis wird kriminalisiert, während sich die ProtagonistInnen dieser verbrecherischen und unmenschlichen Ideologie sicher sein können, während die Nazis bei ihren Infoständen auch mit Holzlatten und Eisenstangen AntifaschistInnen zu bedrohen, ohne das dies nennenswerte Konsequenzen hat. Die Konsequenz solcher Propaganda-Aktionen der Nazis ist aber wiederrum das ein Gewöhnungseffekt eintritt. In vielen Teilen Deutschlands ist dies bereits bittere Realität : Es ist „normal“, dass Nazis sich ohne Sorge vor Gegenwehr auf den Straßen frei bewegen können und mit ihrer Propaganda ungehindert neue AnhängerInnen rekrutieren und in Wahlkampfzeiten auf Stimmenfang gehen. Dagegen ist ein entschlossener antifaschistischer Widerstand notwendig, um die Nazis in Oldenburg relativ klein zu halten. Die Konsequenz solcher Prozesse soll die Demoralisierung antifaschistischer und emanzipatorischer Strukturen sein. Mit der Verurteilung oder der Einstellung der Verfahren gegen eine Geldauflage wird die notwendige Artikulation vieler Menschen, die dagegen sind, dass den Nazis Öffentlichkeit einfach so überlassen wird, in ein kriminelles Licht gerückt.

Solidarität?!

Die Angeklagten - und ihrer UnterstützerInnen - brauchen die Unterstützung aller Menschen. Wer auch in Zukunft zu mindest eine Stadt wünscht, in der Nazis keine Möglichkeit haben, in der Öffentlichkeit aufzumarschieren oder ihre Werbung zu verbreiten; wer auch in Zukunft eine Stadt wünscht, in der sich jeder Mensch, unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Geschlecht, ohne größere Ängste bewegen kann, der sollte die Angeklagten unterstützen. Schließlich können immer nur einige Angeklagt sein, gemeint sind aber alle, die an antifaschistischen oder anderen Aktionen teilnehmen. Die Anwalts- und Prozesskosten gehen schon jetzt in die tausende Euros. Alleine die „Strafbefehle“ zu bezahlen würde insgesamt mehr als 13.000 • kosten. Antifaschistischer Widerstand gegen alte und neue Nazis kostest leider Geld. Zu mindest solange die Justiz die GegnerInnen dieser menschenverachtenden Ideologie kriminalisiert. Die Angeklagten bitten also um Spenden auf das Konto der Oldenburger Rechtshilfe.

8. Mai, 8.00 Uhr,

Amtsgericht.

Weitere Informationen gibt’s unter:
www-provinzkritik.dl.am
www.alhambra.de/nonazis

Spätestens am 8. Mai werden allerdings wieder einige Prozesse stattfinden. Auch diese Prozesse finden öffentlich statt. Das heißt, dass jede und jeder diese besuchen kann. Die angeklagten AntifaschistInnen bitten darum, sie nicht allein zu lassen, sondern die Prozesse zu begleiten. Nur eine kritische Öffentlichkeit kann über den politischen Skandal aufklären und die Kriminalisierung antifaschistischer Zivilcourage nicht einfach hinnehmen. Lasst die Angeklagten nicht alleine! Kommt zu den Prozessen!

Vielleicht können wir nach dem Prozess auf einen Freispruch und die Befreiung vom Faschismus anstoßen.

grenzenloser widerstand
soziale kämpfe zusammenführen

demo | 28-05-07
16.30 h | bahnhof | oldenburg

Vom 26. bis 29. Mai 2007 werden verschiedene Flüchtlingsselbstorganisationen, die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, die „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und soziale Ausgrenzung“ und unterschiedliche antirassistische, feministische, autonome, Erwerbslosen- und gewerkschaftliche Gruppen nach Oldenburg kommen, um hier gemeinsam auf die Straße zu gehen und über die Perspektive gemeinsamen Widerstands zu diskutieren.

Von Kapitalismuskritik zu sprechen scheint aus der Mode gekommen zu sein, gute Gründe gibt es dafür allerdings nicht. Die heutige Gesellschaft produziert Armut und Hunger in einem Ausmaß wie nie zuvor. Denn Modernisierung bzw. Globalisierung sind alles andere als harmlos, es handelt sich vielmehr um äußerst gewaltvolle Prozesse, durch welche immer mehr Menschen auf ihre bloße Verwertbarkeit reduziert werden. Und eben deswegen, weil ein Mensch nur so viel Wert ist, wie er Wert produzieren kann, gibt es im Kapitalismus nicht nur die „ganz normal“ Ausgebeuteten, sondern auch diejenigen, die als überflüssig gelten: Arbeitslose, AsylbewerberInnen, Obdachlose. Die „Überflüssigen“ bekommen dann die ganze Härte des sozialen Ausschlusses zu spüren.

Die Bedingungen für die „ganz normal“ Ausgebeuteten werden beispielsweise in Deutschland immer schlechter. Viele Rechte, die erkämpft wurden, sind in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt worden, so etwa der Kündigungsschutz oder die Krankenversorgung. Immer mehr Sektoren entstehen, in denen zum einen das Arbeitsverhältnis extrem unsicher ist und zum anderen der Lohn kaum noch zum Überleben reicht. Mensch muss sich immer mehr den Bedürfnissen des Kapitals unterordnen und nicht nur hinsichtlich der Arbeitszeiten „flexibler“ werden. Mehrere Jobs, Wohnortwechsel oder Arbeit in ganz anderen Berufsfeldern werden zur Normalität. Viele, die der Arbeitslosigkeit entkommen wollen, um den Schikanen der Ämter nicht mehr ausgesetzt zu sein, arbeiten für Zeitarbeitsfirmen, in denen die entwürdigende Ausbeutung oft noch extremer ist als in traditionellen Arbeitsverhältnissen. Neben dieser Art der Entrechtung gibt es noch eine Gruppe, die von vornherein entrechtet ist: Schätzungen zufolge leben in Deutschland über eine Million Menschen illegalisiert. Das bedeutet, dass sie keine Papiere haben und dementsprechend dem Arbeitsmarkt schutzlos ausgeliefert sind. Diese ArbeitnehmerInnen sind inzwischen wesentlicher Bestandteil des europäischen Arbeitsmarkts geworden. Die Illegalisierung liegt natürlich im Interesse vieler Unternehmen, da so Lohndumping betrieben und auf die Einhaltung sozialer Rechte weitgehend verzichtet werden kann, weil Proteste gegen die ungezügelte Ausbeutung fast ausgeschlossen sind.

Diese gesellschaftliche Entwicklung, die überall auf der Welt stattfindet, führt dazu, dass immer mehr Menschen den brutalen Zwängen des Marktes unmittelbar unterworfen sind. Auch die Ausbeutung der so genannten Dritten Welt durch die so genannte Erste Welt verschärft sich immer weiter.
Die Aufgabe, die die so genannten Dritte Welt-Länder für den Markt übernehmen ist eben eine andere:

Bestimmte Produktionszweige werden dahin ausgelagert, um billiger produzieren zu können; Rohstoffe werden ausgebeutet, ohne dass die Länder selbst davon profitieren; etc. Ein Großteil der Menschen auf der Welt lebt in Armut oder extremer Armut, viele haben keinen Zugang zu Wasser, medizinischer Versorgung, Bildung, Land, etc. Das alles ist keine Folge von der so oft zitierten Unterentwicklung, also einer quasi naturgegebenen zu langsamen Entwicklung dieser Staaten und ihrer Wirtschaft, sondern muss im Kontext kolonialer Geschichte und des kapitalistischen Weltsystems gesehen werden. Die Industriestaaten und ihre internationalen Organisationen, wie IWF, Weltbank oder WTO, sorgen dafür, dass dieser Zustand der krassen Ungleichheit stabilisiert und verschärft wird. Dies geschieht beispielsweise durch so genannte Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. Diese Strukturanpassungsprogramme zwingen die Länder der so genannten Dritten Welt, ihre (nationale) Wirtschaftspolitik neoliberal auszurichten, d.h. an den Maximen Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung auszurichten. Nur so erhalten sie weiterhin Zugang zu überlebenswichtigen Krediten. Dies geschieht mit verheerenden sozialen Konsequenzen: Massenarmut, wachsende Ungleichheit und sozialer Zerfall. Ein besonders drastisches Beispiel, aber auch ein Beispiel für erfolgreichen Widerstand ist die Privatisierung der Wasserversorgung in der Region Cochabamba in Bolivien, nachdem die Weltbank empfohlen hatte die Wassersubventionen zu streichen. Es kam zu Preiserhöhungen zwischen 35% und 300%. Es gelang aber durch monatelange Auseinandersetzungen mit 100 000 DemonstrantInnen die Rücknahme des Gesetzes über die Privatisierung der Wasserversorgung zu erzwingen. Weitere Beispiele für die fatalen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme sind ein dramatischer Anstieg der Lebenshaltungskosten in El Salvador nach der Privatisierung der Stromversorgung auf Anraten von IWF und Weltbank oder die massive Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung von Zimbabwe infolge der mit Strukturanpassungsprogrammen verbundenen Reduzierung der Gesundheitsausgaben. Oder auch der verschlechterte Zugang zu Bildung auf Jamaika nach der Senkung der Bildungsausgaben um 40% durch die Regierung auf Anraten des IWF. Die Durchsetzung der Strukturanpassungsprogramme war nur möglich vor dem Hintergrund der weitreichenden Schuldenkrise in den Ländern der so genannten Dritten Welt. Verschärft wird die Lage noch durch die Politik des Freihandels durch die WTO, die in vielen Ländern dazu führte, dass beispielsweise einheimische AgrarproduzentInnen mit plötzlich auf den Markt strömenden Produkten aus den kapitalistischen Zentren nicht mehr konkurrieren konnten.

„Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen Oben und Unten“, wie es Karl Liebknecht einst formulierte. Denn nach Liebknecht lag der erste Weltkrieg weder im Interesse der deutschen noch der französischen oder irgendeiner anderen ArbeiterInnenklasse. Er war vielmehr eine Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes der Nationen bzw. der jeweiligen nationalen Kapitalinteressen. Diese Perspektive ist auch heute noch aktuell: Die Ausbeutung der so genannten Dritten Welt durch die so genannte Erste Welt und der strukturelle soziale Ausschluss vieler Bevölkerungsgruppen in Europa entspringen ein und derselben Logik. Hinzu kommt, dass nicht nur die Länder des globalen Nordens, sondern auch die so genannten Dritte Welt-Länder klassenförmig strukturiert sind. Dabei können sich die Eliten vor Ort meist nur deshalb an der Macht halten, weil sie (wie schon während des Kolonialismus) durch die reichen Industrieländer unterstützt werden – Flüchtlingsselbstorganisationen bezeichnen dies als Kollaboration. Die Grenze zwischen dem globalen Norden und Süden macht aber auch das Leben vieler Menschen innerhalb der Gesellschaften des globalen Nordens zur Hölle, gut sichtbar entlang der Zäune von deutschen Abschiebelagern.

Die europäische Außengrenze verläuft zwischen Oldenburg und Blankenburg

In diesem Zusammenhang steht auch die Flüchtlingspolitik der EU: Um Flüchtlingsströme abzuwehren investiert sie Millionen allein für die Abschottung der Grenze. Menschenfeindliche Politik außerhalb der EU wird teilweise direkt mit EU- Geldern bezahlt. Die Dramen von Ceuta und Melilla, die ertrinkenden boat people vor den Kanarischen Inseln und die in der algerischen Wüste ausgesetzten Flüchtlinge sind nur die medial aufbereitete Spitze des Eisberges. Die direkte politische Verantwortung europäischer Staaten zeigt sich besonders deutlich darin, dass sie die Transitstaaten durch wirtschaftliche Sanktionen bedrohen, wenn diese nicht als verlängerter Arm der europäischen Fluchtabwehr agieren. Der Eisberg selbst ist das globale Wirtschaftssystem, welches die Welt in Zonen des Reichtums und der Armut unterteilt, und auch für die politischen Desaster in vielen so genannten Dritte Welt-Ländern verantwortlich ist. Diese strukturelle Ungleichheit ist im Übrigen die Grundlage dafür, dass der Pass eines Menschen darüber entscheidet, wie viel Bewegungsfreiheit dieser hat.

Normalerweise sollte mensch denken, dass das Europa, das sich selbst gerne als die Wiege des Humanismus preist, zumindest politischen Flüchtlingen Schutz gewährt. De facto ist Asyl in Europa jedoch spätestens seit Anfang der 90er Jahre abgeschafft. Die Anerkennungsquote von 0,9 % in Deutschland spricht Bände. Menschen, die Asyl beantragen, wird es auf der einen Seite fast unmöglich gemacht in europäische Länder zu gelangen, da Grenzkontrollen dies verhindern. Auf der anderen Seite wird denjenigen, die es trotzdem schaffen, der Nachweis ihrer „berechtigten Fluchtgründe“ fast unmöglich gemacht oder ihnen droht durch Regelungen, wie zum Beispiel die der „sicheren Drittstaaten“, eine sofortige Abschiebung. Wer nach Europa kommen darf entscheidet sich danach, wessen Arbeitskraft verwertbar ist.

Migration ist nicht nur Flucht vor Zerstörung, Folter und Massakern, sondern zugleich Aufbruch, Abstimmung mit den Füßen gegen die globalen Herrschaftsverhältnisse, Suche nach einem besseren Leben. MigrantInnen, die aus der Peripherie in die industriellen Zentren kommen, durchkreuzen die Abschottungsmaßnahmen der Festung Europa, welche so gar nicht zum ansonsten lauthals propagierten Prinzip freier Waren- und Kapitalströme passen. Insofern ist schon die Migration soziale Bewegung, die das Potential hat, die herrschenden Verhältnisse in Frage zu stellen. Andererseits steht dieser die staatlichen Regulierungsbemühungen unterlaufende Alltag von (papierlosen) Flüchtlingen und MigrantInnen nicht automatisch im Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen. Denn auch diese Formen der Organisation des Lebens sind integrierbar: zum Beispiel ist die illegalisierte Arbeit an sich alles andere als ein emanzipatorischer Kampf, sondern eher die Verlängerung der globalen sozialen Ungleichheit, konkret: struktureller sozialer Ausschluss. Obwohl jedoch die Überlebensstrategien von Flüchtlingen und MigrantInnen größtenteils keine politische Artikulation erfahren (was oftmals auch gar nicht so einfach wäre), stellen sie eine ständige Herausforderung der herrschenden Ordnung dar, ja durch ihre pure Existenz verändern sie die europäischen Gesellschaften ständig. Migration ist also durchaus soziale Bewegung – ohne dass sie deshalb per se glorifiziert werden sollte.

» Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen Oben und Unten «

So gibt es in den letzten Jahrzehnten zahlreichen Widerstand in ganz Europa, wie zum Beispiel im letzten Herbst hier in Oldenburg. In dem 7 km von Oldenburg entfernten Ein-und Ausreiselager Blankenburg werden Flüchtlinge über Jahre festgehalten, ohne eigene Kochmöglichkeiten, ohne das Recht den Landkreis zu verlassen, ohne das Recht zu arbeiten, mit maximal 38• Bargeld im Monat, etc. Im Oktober 2006 hatten sich die etwa 200 BewohnerInnen des Lagers Blankenburg dazu entschlossen, für vier Wochen das Kantinenessen und die Ein-Euro-Jobs zu boykottieren und so einen Kampf gegen ihre Lebensbedingungen im Lager zu führen. Auch in der Außenstelle des Lagers Blankenburg, im Abschiebelager Bramsche/Hesepe, gab es zahlreiche Proteste und ebenfalls einen zweiwöchigen Kantinenstreik. Der Kampf wird nun mit anderen Mitteln weitergeführt. Dieser Kampf richtet sich grundsätzlich gegen einen Zustand der Demütigung, der Isolation und des sozialen Ausschlusses und beschränkt sich nicht – zumindest perspektivisch – auf die Verbesserung zum Beispiel des Essens, sondern zielt auf die Abschaffung des deutschen und europäischen Lagersystems. (We don´t want just a cake, we want the whole fucking bakery.)

Damit reiht sich dieser Kampf in die europaweiten Kämpfe um Bleiberecht ein. Andere in Deutschland aktive Gruppen von MigrantInnen hatten in diesem Zusammenhang den auch hier gültigen Slogan kreiert „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. Das Karawane-Netzwerk arbeitet seit Jahren zu diesem Thema und wird deshalb im Rahmen einer Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, die zum G8 führen wird, Oldenburg besuchen, um sich mit den Blankenburger Protesten solidarisch zu zeigen und gemeinsam auf die Straße zu gehen. Außerdem kommt das NoLagerNetzwerk, bestehend aus Flüchtlingsselbstorganisationen aus Nord- und Ostdeutschland. Zum Beispiel hat die FIB (Flüchtlingsinitiative Brandenburg) wesentlich dazu beigetragen, dass das rassistische Gutscheinsystem in Brandenburg abgeschafft wurde.

Die Grenze verläuft zwischen Oben und Unten

Spätestens seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten versucht sich die kapitalistische Gesellschaft als die einzig mögliche Gesellschaft darzustellen. Der Staat nimmt sich immer weiter zurück (ohne damit mehr staatliche Intervention als die Lösung propagieren zu wollen), zumindest in Bezug beispielsweise auf Arbeitsverhältnisse, und der Markt übernimmt in noch direkterer Form die Aufgabe, das Leben der Menschen zu bestimmen. So kommt es vielen so vor als seien die Zwänge, die das Leben begrenzen, unveränderbar. Denn dadurch, dass sich die Gesellschaft über Preise und Tausch strukturiert, also dem Verkauf zum Beispiel ihrer/seiner Arbeitskraft, erscheinen diese Zwänge als Sachzwänge.

Unter anderem dieser Zusammenhang erklärt, warum viele Menschen in Europa die Veränderungen der letzten Jahre größtenteils einfach so hinnehmen. Nicht erst seit Hartz oder der Agenda 2010 zielt die Sozialpolitik in Deutschland auf einen Abbau des Sozialsystems und die Rücknahme von übrigens hart erkämpften Schutzrechten. Immer mehr Menschen arbeiten nicht mehr in einem „normalen“, sondern in extrem unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Ein Beispiel für den Prozess der Prekarisierung ist die Liberalisierung des Briefmarktes. Dies lässt sich auch ganz konkret in Oldenburg beobachten. Offiziell beginnt sie am 01.01.2008, in der Realität findet sie mit ein paar Tricks und Winkelzügen schon längst statt. Die aus dem Boden schießenden privaten Briefdienste zahlen Löhne, die 20-70% niedriger sind als die der Deutschen Post. Es gibt keine Tarifverträge, kaum gewerkschaftliche Organisierung und nur in wenigen Betrieben Betriebsräte, die als kollektive Mechanismen die einzelnen ArbeitnehmerInnen gegen den Arbeitgeber unterstützen. Viele ArbeitnehmerInnen werden nur auf Abruf beschäftigt. So senkt der Arbeitgeber seine Kosten und die ArbeitnehmerInnen sind gezwungen in ständiger Ungewissheit zu leben. Die ArbeitnehmerInnen haben keinen Kündigungsschutz, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und keinen bezahlten Urlaub. Bei einem privaten Briefdienst in Oldenburg ist es nach zweijährigen Auseinandersetzungen mit Hilfe einiger engagierter Gewerkschaftsfunktionäre gelungen, einen Betriebsrat durchzusetzen. Es konnten dem Arbeitgeber einige Zugeständnisse im Bezug auf die Einhaltung der ArbeitnehmerInnenrechte abgerungen werden. Es wird im Betrieb über diese Rechte und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung informiert. Es wurden und werden Diskussionsprozesse über Sinn und Möglichkeiten kollektiver Interessenvertretung in Gang gesetzt.

Dies ist nur ein kleines Beispiel, doch überall in Europa finden Kämpfe gegen Prekarisierung statt. Die Europäischen Märsche bestehen aus verschiedenen Gruppen, deren Kämpfe sich gegen die Verschärfung der sozialen Ungleichheit und den strukturellen sozialen Ausschluss von „Überflüssigen“ wenden. Sie kritisieren einen Zustand, in dem immer mehr Menschen mit unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen zurechtkommen müssen. Durch die Privatisierung von Wohnraum, Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung werden große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen. Mit den Europäischen Märschen kommen auch die sans papiers. Diese soziale Bewegung von Papierlosen, so genannten „illegalen MigrantInnen“, macht seit einer Reihe von Kirchenbesetzungen seit 1997 regelmäßig auf sich aufmerksam. Seit ihrer Entstehung arbeiten sie eng mit Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die nicht nur den Umgang mit Migration, sondern die Verschärfung des sozialen Widerspruchs insgesamt in Frage stellen. Insofern ist gerade die Geschichte der sans papiers ein Vorbild auch für die Ziele unseres gemeinsamen Widerstands. Prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Obdachlose und Menschen ohne Papiere organisieren ihre Tour zum G8 und werden sich hier in Oldenburg mit antirassistischen Bewegungen treffen.

Grenzenloser Widerstand

Vom 26. bis 29. Mai werden in Oldenburg verschiedenste Gruppen aufeinandertreffen, die trotz der Unterschiede doch eine gemeinsame Perspektive haben, und deswegen hier gemeinsam auf die Straße gehen werden. Anlass hierzu ist der vom 6. bis 8.Juni in Heiligendamm bei Rostock stattfindende G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der laut Selbstauskunft acht mächtigsten und reichsten Länder der Erde. Diese Regierungschefs stehen für eine weltweite Politik, welche die Gesellschaften in Arm und Reich, in Mächtig und Ohnmächtig spaltet. Es geht darum, den Gipfel als ein Symbol globaler Herrschaftsverhältnisse zu nutzen, Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu üben und die Diskussion um Alternativen in die Gesellschaft zu tragen. Der G8-Gipfel ist also für uns der Anlass, aber weit darüber hinaus ist gemeinsamer Widerstand unser Ziel. Schließlich entspringt der soziale Ausschluss aller Gruppen aus den herrschenden Verhältnissen. Deswegen muss antirassistische Politik immer den sozialen Widerspruch global, aber auch in den europäischen Staaten selbst, berücksichtigen, sonst würde sie das Ziel verfehlen und könnte nur die Nichteinhaltung der Menschenrechte bedauern, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhang verstehen zu können. Auch soziale Bewegungen von Menschen mit europäischen Papieren können nicht ihre Augen vor den globalen sozialen Widersprüchen und dem strukturellen rassistischen Ausschluss in Europa verschließen, ohne in Nationalismus oder Ignoranz abzugleiten. Schließlich ist nicht nur Internationalismus eine prinzipielle Voraussetzung emanzipativer Politik, sondern auch Migration ist zu einem wesentlichen Aspekt heutiger Gesellschaft geworden und damit auch eine mögliche Grundlage sozialer Bewegung.

Einen Vorlauf der Vernetzung der Kämpfe hat es hier in Oldenburg schon gegeben. Beispielsweise haben im März 2007 die ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) und das antirassistische Plenum Oldenburg/Blankenburg gemeinsam eine Kampagne zur kostenlosen Busnutzung organisiert. Denn die herrschenden Verhältnisse können ins Wanken geraten, wenn wir den Mut haben, die strategische Separierung unterdrückter Gruppen aufzulösen. Unser Ziel ist also: Vernetzung für einen gemeinsamen Widerstand!

Armut und soziale Ungleichheit existieren heute in einem ungeheuren Ausmaß, der produzierte Reichtum befindet sich in den Händen einiger weniger. Die Armut wird von den Regierungen bekämpft, indem sie den „Überflüssigen“ den Krieg erklären. Krieg dem Krieg und den herrschenden Verhältnissen!

Gleiche Rechte für alle!
Globale Bewegungsfreiheit!
Alles für alle und zwar umsonst!

Aus dem Anti-G8-Karawanenbündnis

Wer wir sind…

Wir sind ein Bündnis verschiedener antirassistischer, autonomer, feministischer, Erwerbslosen- und gewerkschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen, arbeiten in regionalen und überregionalen Zusammenhängen, manche von uns sind von rassistischen Sondergesetzen und sozialem Ausschluss direkt betroffen, andere nicht.
Uns geht es darum für ein selbstbestimmtes Leben für alle zu kämpfen. Wir protestieren gegen jegliche Form der Entrechtung, Ausgrenzung und Ausbeutung von Menschen.

Kontakt:
Antiraplenum Oldenburg/Blankenburg
c/o Alhambra
Hermanstraße 83
26135 Oldenburg
antira-ol@web.de
www.alhambra.de/karawanen

Spendenkonto:
Arbeitskreis Dritte Welt e.V.
Kto-Nr. 015 131337
BLZ 28050100, LZO
Verwendungszweck: Karawanen

www.alhambra.de/karawanen

Samstag 26.05.07

Aktionstag beim [Lager Bramsche/Hesepe]

Sonntag 27.05.07

…vor dem [Lager Blankenburg]

12.30 Begrüßung

13.00 Fußball, Kuchen, Kaffee, Spiele für Kinder, Schach

15.00 Infos über den Streik

15.30 Workshops und Diskussionen zu Strategien von Widerstand, juristische Beratung, Fotoausstellung, Theater der Unterdrückten, Aktionstraining, …

19.00 Essen

20.00 Konzert: Réfugiés und Dva Samoleta

Dezentrale Aktionen während des gesamten Tages sind sehr willkommen!

Montag 28.05.07

11.00 Aktionen der Karawanen vor dem Lager Blankenburg

14.00 Fahrrad-Demo vom Lager in die Stadt

19.00 Essen

20.00 Austausch zwischen AktivistInnen von den Europäischen Märschen, Karawane etc. : Zum Thema Umsturz der sozialen Verhältnisse – Erfahrungen bzw. Gemeinsamkeiten verschiedener Kämpfe

Dienstag 29.05.07

11.00 Öffentliche Pressekonferenz der Europäischen Märsche und Flüchtlingsselbstorganisationen zum Thema: Migration, Arbeit und sozialer Ausschluss

- Vernetzung sozialer Kämpfe im Rahmen des G8 [ver.di Geschäftsstelle, Sitzungssaal], anschließend Besuch, Informationsaustausch und Essen in der [ALSO]

»Linke Avantgarde«

EIN STREITGESPRÄCH ÜBER EINE MÖGLICHE VERSCHIEBUNG DES GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BLOCKS NACH LINKS UND DIE KRITIK DES ANTISEMITISMUS

MIT **THOMAS SEIBERT** UND **CHRISTIAN STOCK**

Christian Stock und Thomas Seibert begleiten die globalisierungskritische Bewegung seit ihren Anfängen. Christian ist Redakteur der Zeitschrift-iz3w. Er war bereits 1985 aktiv an den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn beteiligt. Thomas ist Redakteur der Zeitschrift Fantomas und ist in attac und in der Interventionistischen Linken (IL) aktiv. Phase 2 sprach mit ihnen über ihre Ein-schätzung der bisherigen Entwicklung der Bewegung und ihre Potentiale.

PHASE2: Als vor knapp zehn Jahren zum ersten Mal über Globalisierung in der Linken diskutiert wurde, befürchteten manche, dass damit Kapitalismus als umfassendes gesellschaftliches Verhältnis aus dem Blick gerät und sich linke Kritik lediglich an den Erscheinungen des Kapitalismus abarbeitet. Haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet, oder stellen die Begriffe Globalisierung und Neoliberalismus brauchbare Analysekategorien zur Erfassung der aktuellen Formen des Kapitalismus dar?

Thomas Seibert: Weder noch. In der antikapitalistischen Linken ist der Kapitalismus wohl nicht aus dem Blick geraten. Neoliberalismus war und ist dagegen eine Analysekategorie, die nur bestimmte Momente der gesellschaftlichen Transformation fasst, und Globalisie-rung wiederum war und ist eine propagandistische, keine analytische Kategorie.

Christian Stock: Beides ist eingetroffen. Mitte der neunziger Jahre haben viele Kapitalismuskritikerinnen gesagt: »Nothing new under the sun.« Schon Marx habe den weltumspannenden Charakter kapitalistischer Ökonomie betont, und die Veränderungen seit den siebziger Jahren rechtfertigten nicht die Rede von der angeblich so neuen Globalisierung. Demgegenüber ist festzuhalten, dass es in den letzten drei Dekaden sehr wohl massive quantitative und qualitative Veränderungen des Kapitalismus gab und gibt, die einer neuen kapitalistischen Formation gleichkommen. Die ständige Rede von der »neoliberalen Globalisierung« ist allerdings nur bedingt geeignet, diese Prozesse zu erfassen. Sie ist überaus vereinfachend, und sie kommt damit vor allem einem Bedürfnis der Antiglo-balisierungsbewegung nach.

PHASE2: Thomas, was meinst Du damit, wenn Du Globalisierung als propagandistische Kategorie bezeichnest? Im Allgemeinen wird der Begriff ja verwandt, um damit die Ausweitung internationaler Kapitalverflechtungen zu beschreiben, und erhält somit eine gewisse analytische Ebene.

Thomas Seibert: Damit begeben wir uns gleich in die internen Differenzen des Spektrums der antikapitalistischen Linken. Einen Pol markiert dabei die Position, Kapitalismus als im Kern unveränderliches Verhältnis zu begreifen. Für die Gegenposition existiert »der« Kapitalismus nicht, weil »er« nur im Prozess seiner aktuellen Transformation gefasst werden kann, »hinter« der kein »Kapitalismus an sich« auszumachen ist. Theoretisch beziehe ich mich auf diese letztgenannte Position, und von dort stimme ich Christian zu, dass es seit über 20 Jahren so tiefgreifende Veränderungen gegeben hat, dass von einem »Epochenbruch« gesprochen werden kann. Nur würde ich diese Transformationen *analytisch* nicht über die Kategorie der »Globalisierung« fassen, sondern über Begriffe wie Postfordismus, biopolitisches Empire oder »High-Tech-Kapitalismus«.

Christian Stock: Es wäre falsch, die Kategorien Neoliberalismus und Globalisierung lediglich als Verwässerung radikaler, etwa wertkritischer Kapitalismuskritik abzuqualifizieren. Ihnen kommt bei der Beschreibung der aktuellen kapitalistischen Formation durchaus analytischer Gehalt zu. Allerdings werden die Begriffe massiv überstrapaziert, und es wird so getan, als handele es sich bei beidem um etwas wirklich Neues. Es ist doch eher die quantitative Zunahme von Kapitalbewegungen, Verflechtungen und Deregulierung sowie die ständig fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte, die in eine neue Qualität des Kapitalismus umschlagen. Das Problem mit dem Neoliberalismus-Begriff ist, dass er das Hauptwidersprüchsdenken wieder in die Linke einführt. Was früher »der Arbeiterklasse« der Kampf gegen »die Kapitalisten« war, ist heute der Kampf gegen den Neoliberalismus und seine durchsetzungsfähigsten Vertreter. Sämtliche gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme werden unter das Feindbild »Neoliberalismus« subsumiert, auch wenn sie nur sehr bedingt damit zu tun haben, wie z.B. die Unterdrückung indigener Gruppen in Chiapas, die zu allererst auf postkolonialen semifeudalen Strukturen beruht und nur in zweiter Linie auf der Neoliberalisierung kapitalistischer Ökonomie.

Thomas Seibert: In einem gesellschaftlichen Feld, das von der Linken im weitesten Sinn über die sozialen Protest-, Widerstands- und Alternativbewegungen bis zur kritischen Zivilgesellschaft reicht, werden »Globalisierung« und »Neoliberalismus« in

überbestimmter Weise als »Epochenbegriffe« gefasst, die die gegenwärtige historische Situation fassen sollen. Dabei kommt es zu Verkürzungen in theoretischer und agitatorisch-propagandistischer Hinsicht, die gleichwohl - so funktionieren gesellschaftliche Auseinandersetzungen - ein problematisches, doch effektiv zu mobilisierendes Potenzial bereitstellen, mit dem Linke in differenzierter Weise arbeiten können und müssen. Aber eben deshalb sind es nicht »meine« Analysekategorien, sie markieren lediglich ein gesellschaftliches Spektrum, auf das ich mich beziehe.

Christian Stock: Über Sinn und Zweck von einzel-nen Begriffen bei der Analyse kapitalistischer Ökonomie lässt sich lange streiten. Wichtiger und problematischer erscheinen mir die politischen Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden. Und da sind sich der »radikale« und der »reformistische« Flügel der Bewegung nicht so fern. Bei beiden stehen eigentlich immer die großen Konzerne und deren Stellvertreter in den westlichen Regierungen, allen voran die USA, im Mittelpunkt der Kritik. Ob die Einen von »Imperialismus« oder »Empire« sprechen oder die Anderen von »Unilateralismus«, gemeint ist dasselbe: die Verortung fast aller Weltprobleme in den USA. Deshalb demonstrieren sowohl Militante als auch NGOs, wenn Bush nach Deutschland kommt. Es wird in beiden Spektren munter personifiziert und verding-licht. Unterschiede innerhalb der Bewegung bestehen im Wesentlichen nur in den Aktionsformen und in der Reichweite der politischen Forderungen, die von partieller Entschuldung der ärmsten Dritte-Welt-Länder bis hin zu »Smash capitalism« reichen.

Thomas Seibert: Das scheint mir eine Analyse zu sein, die quasi von oben auf die Bewegung blickt. Selbstverständlich gibt es einen breiten Antiamerikanismus, und es gibt eine problematische Fokussierung auf die trans-nationalen Konzerne. Auf den großen Demonstrationen ist das sogar majoritär. Das Problematische daran ist die Anschlussfähigkeit an einen rechten Antikapitalismus. Andererseits sind dieselben Leute subjektiv entschlossen, diesen Anschluss nicht zu meinen und nicht zu wollen. Die Ablehnung und Bekämpfung von Nazis ist breiter Konsens. In dem, was ich die Kerne der Bewegung nennen würde - lokale Sozialforen, örtliche *Attac-Gruppen,* Gewerkschaftsaktivistinnen, versprengte Alt- und Ex-Linke - werden Antiamerikanismus und eine Verkürzung der Kapitalismusauf Konzernkritik als Problem gesehen, selbst wenn es schwer fällt, sich davon zu lösen. Man muss aber auch sehen, dass die USA und die Konzerne Machtkomplexe darstellen, die aufgrund ihrer Position im imperialen Netz und aufgrund ihres aktuellen Handelns Kritik schneller auf sich ziehen als andere. Das aber die organisiert intervenierenden Linken und unter denen die Leute, die den Begriff »Empire« ernsthaft benutzen, »antiamerikanisch« sein sollen, halte ich für Unsinn.

Christian Stock: Gerade diese simplifizierende Fokussierung der Kritik ist es aber, aus der schnell Antiamerikanismus erwachsen kann. Dass die USA ein Machtpol sind, bestreite ich nicht. Aus der Sicht der Bewegung scheinen sie allerdings der einzig maßgebliche Übeltäter zu sein, und genau deshalb setzt man auf ein »soziales Europa« oder die »nationale Befreiung« wie etwa in Venezuela. Spätestens nach dem 11. September 2001 hat sich gezeigt, dass die globalisierungskritische Analyse des internationalen Systems oft nur ein schaler Aufguss des antiimperialistischen Weltbildes der siebziger Jahre ist. Der US-Krieg gegen den Terror - so kritikwürdig dieser in vielerlei Hinsicht ist - wird von den No Globals als imperialistisches Programm zur Aneignung globaler Ressourcen interpretiert. Letzteres ist, wie bei jeder Kriegspolitik, sicherlich *auch* ein handlungsleitendes Motiv. Doch der Krieg gegen den Terror erschöpft sich nicht allein darin. Er beruht zugleich auf einem realen cultural clash, oder anders gesagt: auf einem Kampf der Ideologien. Der Krieg gegen den Terror ist ein Kampf um die Köpfe, nicht allein um Ressourcen.

Thomas Seibert: Va bene, und ich stimme Dir auch zu, dass die Prominenz, die die Idee eines »sozialen Europa« genießt, auf ein Problem verweist. Andererseits sind die Auseinandersetzungen um ein solches Europa eine unumgängliche strategische Orientierung, gerade als Antwort auf die historisch irreversible und von links ja nur zu begrüßende Transformation der Nationalstaaten. Europa ist der für uns hier entscheidende politische Raum. Hier wird in den nächsten Jahren ausgemacht, was transnationale Staatlichkeit ist und was - um mit Poulantzas zu reden - die »Anwesenheit« der sozialen Kämpfe und Widersprüche in solcher Staatlichkeit sein wird. Deshalb ist die Ablehnung der EU-Verfassung ein Sieg gewesen — allerdings ein problematischer Sieg. Aber ich gehe konstitutiv davon aus, dass es wenn überhaupt dann nur problematische Siege gibt.

PHASE2: Von Außen betrachtet erscheint der Verweis auf die Intention der Akteure lediglich als Feigenblatt. So stand im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um Antisemitismus bei *Attac* nicht das Ziel, eine Politik gegen Antisemitismus zu organisieren, sondern den Vorwurf des Antisemitismus nicht auf sich zu ziehen. Selbst wenn die Beteiligten Antisemitismus, Antiamerikanismus usw. ablehnen, so scheint dennoch aus diesen Verlautbarungen nichts zu folgen. Gerade vor dem Hintergrund der meist positiv bewerteten inhaltlichen und thematischen Heterogenität der Bewegung erscheint es und

fraglich, ob eine Auseinandersetzung mit diesen Positionen überhaupt erfolgen kann. Auf der Ebene der öffentlichen Wahrnehmung und Repräsentation sind es dann auch genau diese platten, vereinfachenden und antiamerikanischen Positionen, die das Bild der Bewegung bestimmen.

Thomas Seibert: Es gab tatsächlich Leute, deren primäres Ziel war, *Attac* aus der Schusslinie zu bringen. Deren Verhalten folgte der Logik: der Vorwurf ist absurd, also muss er vom Tisch. Das ist zwar subjektiv aufrichtig, politisch aber unangemessen. Für noch mehr Leute ging es allerdings ernsthaft um eine Klärung, und die haben im Lauf der Auseinandersetzung auch die Relevanz des Themas erkanntTDiese Leute sind heute ein Kern, der - natürlich in anderer Form - gerade das will, was Ihr zu Recht verlangt: eine Politik gegen Antisemitismus und überhaupt gegen jede Form von rechtem »Antikapitalismus«. Schließlich gibt es eine von Alt-68ern, aber auch von *Linksruck* u.a. getragene »antiimperialistische« Tendenz. Die haben sich immerhin der Auseinandersetzung gestellt, aber nicht wirklich begriffen, worum es geht. Das bleibt problematisch, ist aber mit Denunziation nicht aus der Welt zu schaffen, ganz abgesehen davon, dass Denunziation subjektiv unangemessen ist. Dagegen ist die Frage nach der Heterogenität der Bewegung und der Möglichkeit, unter deren Bedingung die Auseinandersetzung mit diesen Positionen zu führen, wahrscheinlich die eigentliche Differenz zwischen uns. Ich gehe davon aus, dass eine emanzipatorische Transformation der Gesellschaft kein Zentralsubjekt hat, also strategisch nur durch einen heterogenen Block unterschiedlicher Kräfte erreicht werden kann — von Kräften, deren strategischer Konsens auf unabsehbare Zeit nicht einmal auf Antikapitalismus fokussiert werden kann. Hier beginnt erst das Feld linker Interventionsmöglichkeiten.

»Linke Intervention« heißt, den ganzen Block nach links verschieben. Heißt aber nicht, den Block zum linken Block machen wollen. Deshalb feiere ich auch die Heterogenität und Pluralität so wenig ab wie die Multitude. Diese ist lediglich die subjektive Materialität der Emanzipation - aber nicht ihr »Subjekt«. Die Frage nach der öffentlichen Wahrnehmung der Bewegung verweist dagegen auf deren massenmediale Repräsentation, also auf ein eigenes Problem.

PHASE2: Was genau meinst Du mit Denunziation, und vor allem: was ist an der Denunziation antisemitischer Tendenzen problematisch? Ist es nicht gerade beim Problem des Antisemitismus angebracht, polarisierend zu wirken?

Thomas Seibert: Ich habe nichts dagegen, Antisemiten zu denunzieren und kann mir in dieser Hinsicht noch ganz andere Verfahren vorstellen als die der Denunziation. Mir geht es um das Übergangsfeld von linkem und rechtem Antikapitalismus, das eine Frage des kollektiven Imaginären ist, sich unterhalb des subjektiven Bewusstseins konstituiert und deshalb auch Leute im Griff hat, die aufrichtig empört sind, wenn man ihnen zeigen will, wie sie von Strukturen beherrscht werden, die sich ihrer Intention entziehen, die ihre Intention gegen das kehren, was subjektiv über diese Intention verneint wird. Ich rede - ein Beispiel nur - von Leuten, deren politische Kontinu-ität vom *SDS zu Attac* reicht, die man locker dazu bringen kann, einem antisemitischen Mob militant in den Weg zu treten, und die trotzdem für bestimmte Verkürzungen anfällig sind. Auch auf diesem Feld kann man gezielt mit Denunziation operieren - taktisch eingesetzt. Das Problematische daran ist, dass sich mit Denunziation allein kollektiv Imaginäres nicht dekonstruieren lässt.

Christian Stock: Thomas, Dein Begriff der Intervention klingt für mich nach Entrismus[1]. Im G8-Protest-Aufruf der *Interventionistischen Linken,* in der Du aktiv bist, heißt es, ihr wollt »in die Bewegung linksradikal intervenie-ren«, um das »System aufzusprengen«. Das hat einen gewissen avantgardistischen Anspruch. Ebenso ist das der Fall, wenn Du bestimmten globalisierungskritischen Strömungen nachsagst, sie hätten nicht begriffen, worum es bei der Debatte um Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik geht. *Linksruck* und Co. wollen aber genau diese »Vereinfachungen«, die Personalisierung, die Plattheiten, die Dämonisierung. Das ist keine Strategie von Massenmedien, sondern von Bewegungseliten, die die Massen hinter sich sehen wollen. So wie neuerdings der Lafontaine-Freund Jürgen Elsässer, der offen einem linken Populismus das Wort redet.

Thomas Seibert: Elsässer persönlich interessiert mich nicht. Mit *Linksruck* werde ich mich politisch immer konfligierend, subjektiv höflich und im Einzelfall solida-risch auseinandersetzen. Ich kann nicht ignorieren, dass es diese Position gibt. Sie ist für mich ein Faktor, den man wahrnehmen und in Rechnung stellen muss. Auch unabhängig von der konkreten Organisation, weil eine begrenzte Rationalität für diese Position spricht. Aber das ist eine Differenz, die ausgehalten und ausgetragen sein will. Der Populismus ist dabei einer der wichtigsten Kritikpunkte. Damit bin ich beim zentralen Punkt. Meine strategischen Vorstellungen beinhalten durchaus »entristi-sche« und »avantgardistische« Elemente. Ausgangspunkt ist dabei eine Kritik des historischen Entrismus und Avantgardismus - bei Anerkennung und Übernahme der Problemstellung.

Christian Stock: Das ist genau das Dilemma des Politikmachens, auch und gerade in Bewegungen: Dinge hinnehmen zu müssen, die man eigentlich nicht will. Ich bin nicht mehr bereit, populistische Strategien anderer mitzutragen. Da gibt es nichts zu intervenieren, sondern nur offene Ablehnung.

Gerne gestehe ich aber zu, dass es inzwischen eine gewisse Kanonisierung der Kritik an den No Globals gibt. Teile der radikalen und der antideutschen Linken charakterisieren die Bewegung pauschal als strukturell oder gar offen antisemitisch, unterstellen ihr Aufklä-rungsverrat und vieles mehr. Das greift insofern zu kurz, als die Mehrheit der Bewegung nicht antisemitisch ist. Ihr Problem ist vielmehr, dass sie teilweise Analysen und Positionen vertritt, die potenziell anschlussfähig an antisemitische Formen des »Antikapitalismus« sind, und dass sie die Gründe dafür partout nicht wahrhaben oder auch nur diskutieren will. Ebenso verweigert sie sich der »De-Solidarisierung« (um Waiden Beilos Begriff der »De-Globalisierung« abzuwandeln) mit jenen Feinden des Westens, die ein reaktionäres Programm vertreten. Und so kommt es, dass Waiden Bello als prominenter Vertreter der Globalisierungskritik den so genannten irakischen Wider-stand unterstützt und sich zusammen mit einigen anderen globalisierungskritischen Gruppen von der Hisbollah zu einer Konferenz nach Beirut einladen lässt. Hier fehlt die Trennschärfe, die bei aller Vielfalt unverzichtbar ist.

Thoraas Seibert: Eben weil es im durchschnittlichen globalisierungskritischen Antikapitalismus eine »Anschlussfähigkeit« an rechten Antikapitalismus gibt, stellt er ein zentrales Feld der Intervention dar. Hier wäre über (Post-)Entrismus und (Post-)Avantgardismus zu reden, weil emanzipatorische Gesellschaftsveränderung ein massenpolitisches Projekt ist. Allerdings ist es nicht richtig, dass die Mehrheit der Bewegung »partout nicht wahrhaben oder auch nur diskutieren will«, dass es diese Anschlussfähigkeit, dieses Übergangsfeld gibt — die Auseinandersetzung damit ist einfach nicht das primäre Problem. Haben die Leute da ganz Unrecht? Sie finden Bello cool, er ist ein Star der Bewegung, und sie stimmen ihm zu, wenn er die US-Politik angreift, auch und gerade im Bezug auf den Irak. Dennoch wäre eine »Solidarisierung mit dem irakischen Widerstand« in *Attac* nicht im Ansatz durchsetzbar, es handelt sich dabei um eine aussichtslose Minderheitenposition. Die Frage ist: Wie denken wir soziale Kämpfe, soziale Bewegungen - die so problematisch sind, wie wir uns das in gemeinsamem Pessimismus gegenseitig bestätigen - wie denken wir die Rolle der Linken in diesen Kämpfen und Bewegungen? Christian, Du sprichst vom »Dilemma des Politikmachens« — genau das ist das Problem, zu dem es keine Alternative gibt, vom Rückzug in die schöne Seele mal abgesehen. Ich will es mal als Frage formulieren: Teilen wir die prinzipielle Position, nach der die Geschichte die Geschichte der sozialen Kämpfe ist? Teilen wir die historische Lehre, dass »hinter« diesen Kämpfen kein Subjekt steht, das von sich aus durch die Dunkelheit nach den Sternen strebt? Dass diese Kämpfe in Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen ausgefochten werden, die symbolisch bzw. ideologisch überbestimmend sind, und dass sie deshalb von diesen Verhältnissen markiert sind? Wenn das so ist und wenn linke Politik - im Unterschied zur rechten - nur »Massenpolitik« sein kann, was fangen wir damit an?

Christian Stock: Ja, Geschichte besteht aus sozialen Kämpfen. Aber deswegen sollte sie sich nicht als Farce wiederholen, auch wenn mancher munkelt, dass sie nur das könne. Es geht darum, dass die sozialen Kämpferinnen historische Sackgassen nicht erneut betreten, in denen sich schon ihre Vorgängerinnen verirrt haben. Diese Sackgassen sind jede Form von nationaler Befreiung, von Populismus, von staatszentrierter Ökonomie, von Abspaltung einer »Finanzsphäre« usw. usf. Deswegen halte ich es für Kraftverschwendung, einen Block nach links zu verschieben, wenn der Block in die komplett falsche Richtung will. Das ist im Falle des »sozialen Europas« so. Es gibt allerdings tatsächlich viele gute Gründe zum Protest gegen die Zumutungen globaler kapitalistischer Verhältnisse und immer wieder kluge Ansätze kapitalis-muskritischer Agitation, wie etwa die Aktion »Agentur-schluss«, bei der unter anderem die Workfare-Programme der *Agentur für Arbeit* wie die Ein-Euro-Jobs konfrontativ angegangen wurden. Der Zwang zum Arbeiten, gleich wie sinnlos und entwürdigend die Arbeit ist, ist ja nicht nur in Deutschland gesellschaftsfähig, sondern beherrscht weltweit die Debatten über »Arbeitslosigkeit«. Hieran lässt sich anknüpfen.

PHASE2: Thomas, Du sprichst vom Ziel einer emanzipatorischen Transformation durch den heterogenen Block der globalisierungskritischen Bewegung. Wir sehen in diesem Block mehr Gemeinsamkeiten, z.B. sich auf bestimmte Ideologien zu einigen, insbesondere da sonst nicht viele nicht fern stehen, was *in Attac*- und Sozialforen- oder auch Euromarsch-Zusammenhängen gedacht wird. Zugegeben, auf der Demonstration in Heiligendamm wird das nicht der erste Punkt sein - aber es kann via Heiligendamm in die Bewegungen eingeschrieben werden. Dazu braucht es konkrete politische Interessen geteilt werden. Für uns stellt sich hier die Frage, wie eine relativ marginale Linke diesen Block nach links verschieben soll. Wir sehen hier eher die Gefahr, dass die Linke in diesem Block untergeht. Das beste Beispiel dafür findet sich in der Auseinandersetzung mit Europa, wenn dieser neuen Identitätskonstruktion, einfach weil sie verspricht »sozialer« zu sein, von linker Seite nichts entgegengesetzt wird.

Thomas Seibert: Die Verschiebung des Blocks nach links kann nicht als »Machwerk« der linken Strömung gedacht werden. Die Frage ist vielmehr, wie man einen Prozess initiieren und vertiefen kann, in dem sich der Block nach links verschiebt? Das ist eine Frage, die zu stellen, zu erproben und mit Glück zu beantworten sich lohnt. Dabei stellt die Auseinandersetzung um die EU-Verfassung, um ein »soziales Europa« etc. ein lohnendes Untersuchungs-und Bewährungsfeld - natürlich ein widersprüchliches.

PHASE2: Wie soll dieser Prozess der Verschiebung konkret aussehen? Nehmen wir das Beispiel Heiligendamm. Es ist zu erwarten, dass auch dort gegen den »US-Imperialismus« und für das »soziale Europa« demonstriert wird. Angesichts des Kräfteverhältnisses und der Entwicklung scheint es unmöglich dem vor Ort etwas entgegenzusetzen.

Thomas Seibert: Es wird sicher einen Fokus auf den US-Imperialismus geben, dem in eurochauvinistischer Grundierung ein »soziales Europa« entgegengesetzt werden wird. Demgegenüber müssen Linke von den innerimperial (istisch) en Widersprüchen zwischen dem US- und dem EU-Komplex reden und deshalb zuerst überhaupt davon, dass die EU eine imperiale Formation ist. Gleichzeitig muss aber von links auch die Frage aufgeworfen werden, ob in dieser Situation ein wirklich »soziales Europa« eine strategische Option darstellt, d.h. ob in der imperialen Formation EU eine »Anwesenheit« (Pou-lantzas) sozialer Kämpfe erreicht werden kann, die diese Formation aufbricht, deshalb im gesamt-imperialen Netz Schnitte setzt und eine innere Front mit unbeherrschbaren Effekten eröffnet. Ansatzpunkte dafür könnten in der Problematik der Migration liegen, z.B. wie im Prozess der Herausbildung supranationaler Staatlichkeit »Staatsbürgerschaft« definiert wird. Da kann sich eine Konstellation zusammenfinden, die jede nationalisierte, erst recht eine ethnifizierte Definition abweist und Staatsbürgerschaft über den egalitären Zugang zu sozialen und politischen Rechten definiert, einen Zugang, der strukturell offen sein muss, auch wenn das nicht umstandslos »Grenzen auf für alle« heißt. Dieser Block wird kein »linker« Block sein, er wird den Antikapitalismus nicht zum Konsens ha

ben und braucht das auch nicht. Ich verweise dafür auf die Überlegungen im Umfeld Etienne Balibars - und auf den Umstand, dass diese Überlegungen de facto dem nicht fern stehen, was *in Attac*- und Sozialforen- oder auch Euromarsch-Zusammenhängen gedacht wird. Zugegeben, auf der Demonstration in Heiligendamm wird das nicht der erste Punkt sein - aber es kann via Heiligendamm in die Bewegungen eingeschrieben werden. Dazu braucht es natürlich Linke, die genau das vorbereiten - nicht: »machen«. Vergleichbares ist auch auf anderen Feldern möglich, z.B. in den Auseinandersetzungen um einen europaweiten Transnationalismus der Gewerkschaften.

Christian Stock: Ich bezweifle, dass komplexere Fragen wie Eurochauvinismus bei der Mobilisierung zu Heiligendamm diskutiert werden, abgesehen von verein-zelten Gruppen, die dafür Respekt verdienen. Deswegen verstehe ich Deinen Optimismus nicht, Thomas. Ich kann auch keinen Fortschritt gegenüber dem G8-Gipfel in Köln 1999 sehen. Dort gab es noch so etwas wie einen Minimalkonsens von Linken und NGOs: die Forderung nach der Entschuldung der armen Länder. Eine Forderung, die freilich bestens von Schröder & Bono zwecks Eigendarstellung usurpiert werden konnte. Daraus hat man aber nicht gelernt. Bei Heiligendamm scheinen mir kaum noch konkrete Forderungen vorzuliegen, sondern nur eine diffuse Gemengelage von verschiedensten Forderungen. Diese werden wieder usurpiert werden, etwa von Herbert Grönemeyer.

In den aktuellen Aufrufen zu Heiligendamm wird vor allem eine inhaltliche Ermüdung der Bewegung deutlich. Viele Bewegungsaktivistinnen recyceln ebenso wie NGO-Kader seit Jahren nur noch ihre Festplatten. Ihre Sprache ist kanonisiert, die Aktionen ritualisiert. Die meisten Aufrufe sind Phraseologie. Erst werden »Chiapas 1994«, »Seattle 1999« und »Genua 2001« angeführt, dann folgt ein aktuelles Beispiel für das »Aufbegehren gegen den Ne-oliberalismus«, zur Zeit ist es Oaxaca. Dann kommt eine möglichst pauschal gehaltene Aufzählung der Vergehen, derer sich »der Neoliberalismus«, die »konzerngetriebene Globalisierung« und die »Herren der Welt« schuldig machen, wie Privatisierung, Profitstreben, Biopiraterie und Kriegstreiberei. Es folgt die Beschwörung des »Widerstandes« mit Vokabeln wie »ya basta« oder »Globalisierung von unten«. Da es zum guten Ton gehört, selbst nicht zu wissen, wie eine andere Welt möglich ist, gipfeln die Aufrufe in einem entschlossenen »fragend gehen wir voran«. Mit Verlaub, das ist keine Kapitalismus- und Herrschaftskritik auf der Höhe der Zeit, und dieser Einheitsphrasenbrei macht nicht an, demonstrieren zu gehen.

Die Bewegung braucht hierzulande nicht die x-te Mobilisierung, sondern beispielsweise eine Debatte über Nation, Nationalismus, Transnationalismus und deren eurochauvinistische Formen. Sie wäre damit wesentlich näher an einer politischen Intervention, etwa zugunsten der Autonomie der Migration, als mit der Belagerung der roten Zone.

Thomas Seibert: »The proof of the cake is the eating«, sagte Engels an solchen Stellen. Lassen wir ihm das letzte Wort.

PHASE2: Wir bedanken uns für das Gespräch.

---

[1] Entrismus ist eine von trotzkistischen Organisationen ent-wickelte Strategie. Die Beteiligung an bzw. Unterwanderung von anderen Organisationen oder Bewegungen soll deren Politik beeinflus-sen und neue Mitglieder werben. Die Taktik wurde erstmals in den zwanziger Jahren von Mitgliedern der *Kom-munistischen Arbeiter-partei Deutschlands* angewandt. In den fünfziger Jahren sollten von Seiten der *Vierten Internationale* sozial-demokratische und kommunistische Par-teien in Westeuropa zur Zuspitzung des Klas-senkampfs gebracht werden, was aber mit der 68er Bewegung - die andere revolutio-näre Subjekte hervor-brachte - ein Ende fand. Aktuelle Versionen des Entrismus praktizieren *Linksruck* und die *So-zialistische Alternative Voran {SAV)* im Rahmen der *WASG* bzw. *Links-partei.* [Anm. d. Red.]

Mittenwald 07

Berg frei! Nie wieder Faschismus, nie wieder Horrido!
Schluss mit dem Pfingsttreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald!
(Aufruf für die Gegenaktivitäten am 26./27. Mai)

„Berg frei!“ So grüßen sich die Mitglieder der „Naturfreunde“, wenn sie sich bei einer Wanderung im Gebirge begegnen. Das „Berg frei!“, das wir alten und jungen Gebirgsjägern Pfingsten 2007 entgegen rufen werden, ist aber nicht als freundlicher Gruß gemeint – es heißt kurz und schlicht: „Haut ab! Macht den Berg frei! Verschwindet!“ Unser „Berg frei!“ wird ihren militaristischen Gebirgsjägergruß „Horrido“ übertönen.
Die Luft auf dem Hohen Brendten wird dünner für den Kameradenkreis der Gebirgstruppe – nicht nur, weil ihm die Mitglieder wegsterben, sondern auch, weil italienische Staatsanwaltschaften inzwischen gegen seine Mitglieder vorgehen. 2007 wird so manches „Lebenslang“ gegen Angehörige des Kameradenkreises wegen in Italien verübter Kriegsverbrechen fällig. Dagegen versucht der Verein aus ehemaligen Wehrmachtsoldaten und Bundeswehrangehörigen, noch einmal seine Mitglieder zu mobilisieren und die kriegsverherrlichende, revisionistische Politik der Kameraden unterm Edelweiß zu untermauern. Anlass ist der 50. Jahrestag der Einweihung seines „Ehrenmals“ auf dem Hohen Brendten. Von Geistlichen beider Konfessionen gesegnet, fand dort am 10. Juni 1957, 12 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, ein kriegsverherrlichendes Schauspiel statt. Paul Bauer, der als Spitzenfunktionär des nationalsozialistischen Bergsteigens die „Naturfreunde“ gleichschaltete, Gebirgsjäger-Major, Notar und Vorstand des Kameradenkreises und maßgeblich an der Errichtung der „Weihestätte“ beteiligt, nahm sie mit den Worten in Betrieb: „Wir werden diese Stätte hüten und hegen in Treue zu unseren Gefallenen und stolz als ein Bekenntnis unseres Glaubens an den ewigen Wert ihres soldatischen Opfers.“ Das Schandmal repräsentiert einzig das ungebrochene Bekenntnis zum Krieg, ein Zeichen der Trauer um die von Gebirgsjägern ermordeten Menschen findet man nicht.
Seit mehr als 50 Jahren treffen sich jährlich zu Pfingsten greise Gebirgsjäger-Kameraden der Wehrmacht im Schulterschluss mit ihren Bundeswehrnachfolgern im bayerischen Mittenwald. Trotz der stark rückläufigen Teilnehmerzahl ist es die letzte größere soldatische Feier Deutschlands. Von einer Bundeswehrkapelle begleitet, findet unter den Fahnen revisionistischer und faschistischer Organisationen – u.a. der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger – ein ökumenischer Feldgottesdienst statt. Man gedenkt unterschiedslos aller „Opfer“ des Zweiten Weltkrieges, seien es deutsche Gebirgsjäger, Soldaten der Alliierten, so genannte „Vertriebene“, Angehörige der Mussolini-treuen „Divisione Monterosa“ oder in Afghanistan gestorbene Bundeswehrsoldaten. Mit Ansprachen bayerischer Politprominenz versichert die Zivilgesellschaft der Bundeswehr, dass man nach wie vor hinter ihr stehe und stolz auf sie sei. Hochrangige Militärs fordern Kampfbereitschaft und Kriegseinsätze zur Sicherung „deutscher Interessen“ weltweit. Antisemitische Ausfälle gegen Überlebende der Shoah begleiten die Veranstaltung. Die von Gebirgsjäger-Einheiten in ganz Europa verübten Kriegsverbrechen und Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges werden vom Kameradenkreis dagegen bis heute geleugnet. Lediglich zwei Massaker werden inzwischen eingestanden: die Ermordung von 317 ZivilistInnen im nordgriechischen Kommeno sowie die Erschießung von circa 4000 entwaffneten italienischen Soldaten auf der griechischen Insel Kephallonia.

Mittenwald – „Standort der Totenschänder“

Das Massaker in Kommeno wurde von der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 der 1. Gebirgsjägerdivision aus Mittenwald verübt. Einer der Täter berichtete 1970 der Staatsanwaltschaft: „Was mich furchtbar abgestoßen hat, das war, dass einige Angehörige der 12. Kompanie sich in schändlicher Weise an den Leichen zu schaffen machten. So habe ich selbst gesehen, wie einige Soldaten den weiblichen Leichen Bierflaschen in den Geschlechtsteil einführten. (…)“ Die im Oktober 2006 öffentlich bekannt gewordene Totenschändung der Mittenwalder Gebirgsjäger in Afghanistan steht in dieser Tradition. Sie geht einher mit den hinreichend bekannten Formen von sexualisierter Gewalt, die wir aus zahlreichen Kriegen kennen. Krieg ist ohne Morden, Vergewaltigen, Plündern und Schänden nicht zu denken. Sexualisierte Gewalt gedeiht erst recht in patriarchalen männerbündischen Strukturen. Auch diese Art der Gebirgsjäger-Traditionspflege gehört zu Mittenwald, dem „Standort der Totenschänder“. Die in Afghanistan mit Totenschädeln posierenden Gebirgsjäger aus Mittenwald gehören zur Elitetruppe der Bundeswehr, die seit Mitte der 1990er Jahre an Auslandseinsätzen beteiligt ist und der die wohlmeinende Presse eine „Sondermentalität“ zu Gute hält. Als Bestandteil der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte werden sie in der EU-Interventionstruppe eingesetzt. Die Hoffnung des Generals der Gebirgstruppe Rudolf Konrad, nach dem die Gebirgsjägerkaserne in Bad Reichenhall benannt ist, die er in Bezug auf die 1955 gegründete Bundeswehr äußerte, hat sich erfüllt: „Wir hoffen, dass in der neuen Schale die alten Soldaten stecken“.

Geschichtsrevisionismus und Strafvereitelung

Obwohl die Staatsanwaltschaft München Ermittlungen gegen die Mörder von Kommeno eingeleitet hatte, nachdem der AK Angreifbare Traditionspflege ihr die Namen der Beteiligten mitgeteilt hatte, darf bezweifelt werden, dass es zu einem Verfahren kommen wird. Das zeigte zuletzt wieder der juristische Umgang mit dem zweiten vom Kameradenkreis eingestandenen Massaker, der Ermordung italienischer Kriegsgefangener auf Kephallonia. Lediglich Gebirgsjäger-General Hubert Lanz, der die Gebirgsjäger auf Kephallonia befehligte, wurde in einem

der Nürnberger Nachfolgeprozesse zu 12 Jahren Haft verurteilt. Bereits 1952 konnte er das Gefängnis wieder verlassen, um umgehend Ehrenpräsident des Kameradenkreises der Gebirgstruppe zu werden. Ermittlungen in den 1960er Jahren verliefen im Sande. 2002 wurden neue Ermittlungen aufgenommen und 2006 von der Staatsanwaltschaft München erneut eingestellt. In der Einstellungsverfügung hieß es: Es habe sich bei den Italienern nicht um normale Kriegsgefangene gehandelt. „Aus Verbündeten wurden sie zu heftig kämpfenden Gegnern und damit im Sprachgebrauch des Militärs zu ‚Verrätern'." Unter Rückgriff auf Argumente aus dem NS verhindert die deutsche Justiz wieder mal eine Verfolgung der Vollstrecker des Vernichtungskrieges. Die Anwälte von Angehörigen der Ermordeten werten dies als ernsten Fall von Justizrevisionismus, mit dem die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse in Frage gestellt werden sollen.

Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher

Der Kameradenkreis bewährte sich Zeit seines Bestehens als Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher. Schon 1952 hieß es: Ziel der Organisation sei es, Einsatz und Hilfe „für unsere Kriegsverurteilten, für unsere in Haft zurückgehaltenen Kameraden" zu leisten. Man schuf eigens einen Ausschuss für rechtliche Fragen, der von Paul Bauer geleitet wurde. Einer der Bewunderer Bauers und dessen Nachfolger in einigen Funktionen war Rechtsanwalt Gerhart Klamert. Vor einigen Jahren Vizepräsident, ist er heute im Ältestenrat des Kameradenkreises tätig. Über Kephallonia schrieb er revisionistische Artikel, das Militärgericht in La Spezia bezeichnete er als „Sondergericht à la Freisler", womit er es mit dem nationalsozialistischen „Volksgerichtshof" und seinem Präsidenten, dem berüchtigsten Scharfrichter des Deutschen Reichs, gleichsetzte. Als Rechtsanwalt verteidigt er derzeit das Kameradenkreis-Mitglied Josef Scheungraber aus Ottobrunn. Der Wehrmachtsoffizier wurde im September 2006 in Italien wegen eines Massakers in Falzano di Cortona (bei Arezzo) zu lebenslanger Haft verurteilt.

Mittenwald ist auch anderswo!

Seit unserer ersten Intervention in Mittenwald 2002 ist das politische und öffentliche Interesse an der Bestrafung von NS-Kriegsverbrechern und der Verhinderung von Veteranenveranstaltung von Wehrmacht und Waffen-SS stark gewachsen. Es gab an vielen Orten – von Hamburg, Eschweiler, Wunsiedel über Kreta bis zum Ulrichsberg in Kärnten – Initiativen gegen die Mörder und ihre Veranstaltungen. Dieses Jahr wollen wir unseren Fokus zusätzlich auf besonders widerwärtige Veranstaltungen in Bayern richten. Da Ministerpräsident und Gebirgsjägerkamerad Stoiber aufs Altenteil wechselt, verzichten wir auf unseren traditionellen Auftritt in Wolfratshausen. Wir rufen dieses Jahr dazu auf, lokale Bündnisse, Demonstrationen und Aktionen gegen die Gedenkfeier der Waffen-SS-Kameradschaft „Charlemagne" am 8. Mai 2007 in Bad Reichenhall, gegen den „Kreta-Tag" am 20. Mai 2007 ebenfalls in Bad Reichenhall, bei dem die Gebirgsjäger die Invasion von Kreta feiern, zu bilden und zu unterstützen und wir unterstützen natürlich die Aktivitäten gegen die revisionistische Annaberg-Feier des „Freikorps Oberland" am 20. Mai 2007 in Schliersee (Treffpunkt für die Antifa-Demo: 10:00 Uhr Bahnhof Schliersee, Infos: www.freikorps-oberland.de).
Auch Pfingsten 2007 werden wir wieder dagegen protestieren, dass die Soldaten des Vernichtungskrieges ihre Tradition ungestört an die Kameraden der Bundeswehr weitergeben können. Wir werden es nicht dulden, dass deutsche Soldaten zu „Opfern" umgelogen werden sollen – weder in Mittenwald, noch in Bad Reichenhall, noch sonst wo. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegensteht.

Mord verjährt nicht –Verurteilung der Kriegsverbrecher – Entschädigung aller NS-Opfer!
Bundeswehr – wegtreten!
Für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Hohen Brendten!

Spendenkonto: freie Medien e.V., KontoNr. 470 834 437, BLZ 360 100 43, Postbank Essen, Stichwörter: „Mittenwald" und „Mittenwald-Repression"

Aktuelle Informationen und ein vorläufigen Programmverlauf findet ihr im Web: **mittenwald.blogsport.de**

Auf dem langen Weg zur *poder popular* ?

Die soziale Bewegung in Oaxaca organisiert sich neu

Seit Juni 2006 rebellieren über 300 soziale Organisationen und Hunderttausende politisierte Einzelpersonen, organisiert in der „Versammlung der Bevölkerung von Oaxaca" (APPO), gegen die autoritäre Regierung des südmexikanischen Bundesstaates unter Gouverneur Ulises Ruiz von der Institutionellen Revolutionären Partei PRI. Die Administration von Ruiz wird von Menschenrechtsgruppen und Opposition bis heute für Wahlbetrug, Vetternwirtschaft, Korruption und eine extrem repressive Politik verantwortlich gemacht. Ziel der APPO ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und eine tief greifende Transformation des Bundesstaates.

Von Luz Kerkeling

Die sozialen Konflikte haben eine lange Geschichte, wie Dolores Villalobos vom Indigenen Volksrat von Oaxaca „Ricardo Flores Magón" (CIPO-RFM) erläutert: „Wir als indigene Gemeinden möchten betonen, dass die Bewegung in Oaxaca, die zur Zeit nicht nur in Mexiko von Bedeutung zu sein scheint, nicht auf einmal entstanden ist. Es handelt sich um die Explosion alter Konflikte in den Städten und in den ländlichen und indigenen Gemeinden, die durch die Regierungen niemals gelöst wurden. Die Regierung hat tagtäglich Repression ausgeübt. Unsere Organisation ist schon länger im Kampf. Wir haben Verschwundene, Tote und Gefangene zu beklagen. Wir sind mit Landkonflikten und Problemen bei der Wasserversorgung konfrontiert. Wir hatten auch Konflikte mit Paramilitärs. Es gibt einfach keine Gerechtigkeit. Wir kämpfen für den Aufbau einer Autonomie, den Respekt für unsere Sprache und unsere Kultur. Gouverneur Ulises Ruiz ist ein illegitimer Gouverneur, genau wie Felipe Calderón ein unrechtmäßiger Präsident ist. Beide können sich nur durch die Ausübung von Gewalt halten. Ruiz setzte in Oaxaca die massenhafte Einkerkerung der Menschen fort. Als die Lehrerinnengewerkschaft, die Sektion 22 der SNTE, mit ihren Forderungen nach einer Verbesserung der Bedingungen im Bildungsbereich auf taube Ohren stieß und im Juni 2006 von brutaler Repression überzogen wurde, haben sich viele soziale Organisationen solidarisiert". Die besondere Intensität der Proteste gegen Ruiz erklärt sich dadurch, dass er seit 2004 noch stärker als seine Vorgänger allein auf Repression setzte und die letzten Räume für Dialog und Verhandlungen mit den sozialen Organisationen verschlossen hatte. Viele Menschen zogen einen endgültigen Trennungsstrich zur Regierung. Monatelang war in den Hochburgen des Widerstands die von der Bevölkerung als höchst illegitim empfundene Staatsmacht praktisch abwesend. Die Präsenz der Regierung blitzte nur dann auf, wenn Polizei oder illegale bewaffnete Personen die Treffpunkte, die Barrikaden, die Radio- und Fernsehsender der APPO oder die Demonstrationen angriffen, an denen bis zu 800 000 der rund vier Millionen Oaxaqueños und Oaxaqueñas teilnahmen.

Im November und Dezember 2006 wurde die Bewegung Opfer einer massiven Gewaltwelle, die von der Präventiven Bundespolizei PFP, regionalen Polizeieinheiten und paramilitärischen Gruppen ausging. Hunderte Menschen erlitten Gewalt. Folter, Prügel und Erniedrigungen. Sogar Vergewaltigungen werden den Tätern vorgeworfen. Dutzende Personen gelten als „verschwunden". Rund 70 Aktivistinnen, aber auch völlig unbeteiligte Personen sind noch immer inhaftiert - teils illegal in entlegenen Hochsicherheitsgefängnissen, was fatal für die psychische Situation der Gefangenen und ihrer Angehörigen sowie die Möglichkeiten der juristischen Ver-teidigung ist. Mindestens 23 Menschen wurden 2006 von „unbekannten" oder „in Notwehr handelnden" Tätern ermordet, die nach einhelliger Meinung der Opposition der Ruiz-Regierung zuzuordnen sind.

Sara Méndez, technische Sekretärin des Menschenrechtsnetzwerkes von Oaxaca (RODH), berichtet zur Lage der Menschenrechte: „In Oaxaca können wir nicht mehr von einem Rechtsstaat sprechen. Es herrscht ein Ausnahme-zustand. Über Monate waren elementare verfassungsmäßige Rechtsgarantien wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Organisations- und Bewegungsfreiheit ausgesetzt. Die soziale Bewegung wird nach wie vor stark kriminalisiert.

Wir fordern, dass die Menschenrechte

respektiert werden, und wir fordern Gerechtigkeit. Die Repression war fürchterlich. So etwas haben wir in Oaxaca bisher nicht erlebt. Es wurden über 300 Personen festgenommen, deren juristische Prozesse kaum in Angriff genommen werden." Méndez erläutert, mit welchen Mitteln die Anklagen gerecht-fertigt werden: „Im Fall der Gefangenen von Miahuatlán behauptet ein Polizist, er habe 70 Personen genau dabei beobachtet, wie sie Gebäude angezündet haben! Es gibt viele weitere Fälle, in denen Delikte erfunden und der APPO angelastet werden".

Die Zivile Internationale Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) wirft der Regierung von Oaxaca eine systematische Verfolgung und Unterdrückung der sozialen Bewegungen vor. Die unabhängige Kommission formierte sich im Dezember 2007, nachdem schwere Übergriffe der staatlichen Sicherheitskräfte gegenüber sozialen Aktivistinnen gemeldet wurden. Die CCIODH, an der 46 Personen aus Spanien, Frankreich, Italien, USA und Neuseeland teilnahmen, präsentierte nach 33 Arbeitstagen, in denen über 400 Interviews mit Opfern von Gewalt, Angehörigen von ermordeten Personen, politischen Gefangenen. sozialen Aktivistinnen, Gewerkschafterinnen, Anwältinnen, Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Institutionen geführt wurden, am 20. Januar 2007 ihren Bericht. Neben Gewaltakten wie willkürlicher Festnahme, Folter, Vergewaltigung, Entführung und Mord finden sich Eingriffe in elementarste Freiheitsrechte in dem Report. Es handle sich um die Anwendung einer „juristischen, polizeilichen und militärischen Strategie", so die CCIODH. In ihren Empfehlungen unterstreicht die Kommission ausdrücklich die politischen und sozioökonomischen Hintergründe des staatlichen Terrors. Sie empfiehlt dringend, „die ursprünglichen Ursachen dieses Konfliktes anzugehen, die in strukturellen Problemen wurzeln - wie Armut, Kazikentum, ungleichem Zugang zu Ressourcen, fehlenden Mitteln für Schulbildung und ärztliche Versorgung, Missachtung der indigenen Geschichte und Identität, Verletzung der demokratischen Verfahren und Missachtung des realen Zugangs zu Partizipation". Sie fordert ferner dazu auf, „Voraussetzungen für die Wiedergutmachung der Menschenrechtsverletzungen und die Wiederherstellung des Zusammenlebens in dieser so stark polarisierten Gesellschaft zu schaffen".

Alle Menschenrechtsorganisationen setzen sich einmütig dafür ein, dass die Staatsbehörden einer umfassenden Untersuchung unterzogen werden. „Wir fordern, dass die Gesetze auch für die Regierungskreise gelten", so Sara Méndez vom RODH. Méndez weist auch auf die Rolle der Weltöffentlichkeit hin: „Die Präsenz der internationalen Zivilgesellschaft in Oaxaca ist von großer Wichtigkeit, auch das Sammeln und die Weitergabe von Information oder die Übergabe von Berichten an die EU, die UN und die Weltöffentlichkeit an sich. Auch die Solidaritätsaktionen sind wichtig, um die Forderungen nach Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Die große Angst der Menschen hier ist, dass all die Ungerechtigkeit vergessen wird."

Anfang 2007 ist Oaxaca nicht mehr von den Barrikaden der APPO geprägt. Dennoch ist die Polizei weiterhin omnipräsent, auch wenn die PFP weitgehend abgezogen wurde und die Uniformierten sich teilweise in den Seitenstraßen verschanzen. Viele Aktivistinnen der Bewegung tauchten für einige Wochen unter, um Mordanschlägen oder einer Inhaftierung - die fast immer brutale Folter bedeutet - zu entgehen. Im Dezember und Januar gab es nur vereinzelte und verhältnismäßig kleine Aktionen. Verfolgung, Schikane bei Kundgebungen und willkürliche Festnahmen „verdächtiger" Personen dauerten trotzdem an. Am 13. Januar wurde beispielsweise eine Mahnwache vor dem Gefängnis in Miahuatlán von über 100 Polizisten gewaltsam aufgelöst. Die Operation fand im Kontext einer Demonstration von etwa 500 Anhängerinnen der APPO sowie Angehörigen der Toten, Verschwundenen und Gefangenen der Bewegung statt. Nach Beendigung der Demonstration wurden fünf Leute auf dem Rückweg nach Oaxaca-Stadt brutal geschlagen und festgenommen. Vorwand der Polizei waren nach Angaben der APPO Ausschreitungen seitens der Demonstrantinnen.

Ein vermutlicher Agent der Regierung, der während der Demonstration permanent filmte und telefonierte, wurde von den Aktivistinnen festgesetzt. Sie übergaben den Mann schließlich der Polizei, die verneinte, dass es sich um einen Agenten aus ihren Kreisen handle.

Die Regierung von Ulises Ruiz inszeniert währenddessen als Begleitmusik dazu im historischen Zentrum von Oaxaca-Stadt eine lange ungekannte „Normalität": Orchester und Bands spielen seit Jahresbeginn auffallend häufig auf dem zentralen Platz, dem *Zócalo,* überall wird versucht, die regierungskritischen Graffitis und Plakate zu beseitigen, der Gouverneur besucht unter starkem Schutz zivil gekleideter Sicherheitskräfte „seine Stadt" zu verschiedenen Events mit Vertreterinnen aus Politik und Wirtschaft und im zurückeroberten staatlichen Lokalfernsehen bescheinigen offenbar ahnungslose Touristinnen, wie „offen", „ruhig" und „schön" Oaxaca doch sei. *„Oaxaca, mejor que nunca"* - „besser als jemals zuvor", so schließt der viel gesendete Spot zynisch.

Doch die soziale Bewegung, die sich für eine Demokratisierung, für soziale Gerechtigkeit und eine bessere Infrastruktur engagiert, geht nach einer gewissen Regenerationsphase nun mit neuem Schwung weiter. „Wir haben die Angst besiegt", resümiert Guadalupe García, eine von rund 200 Angehörigen des APPO-Rates, optimistisch die kritische Phase der Bewegung. Außerhalb des Zentrums von Oaxaca-Stadt und in vielen Städten des Bundesstaates finden sich weiterhin kämpferische Parolen an den Wänden, die die Absetzung der Regierung von Ruiz, die Freilassung der Gefangenen und eine neue Verfassung für Oaxaca fordern. Und am 3. Februar nahmen über 250 000 Menschen an der nunmehr neunten „Mega-Demonstration" teil - ein Beleg für die anhaltende Unterstützung der APPO, aller Repression zum Trotz.

Die APPO ist ein sehr heterogenes Netzwerk, wie ihr Sprecher Florentino López hervorhebt: „Die Leute aus den Städten sind ebenso vertreten wie die Bewohnerinnen der armen Vorstadtviertel und der ländlichen Gebiete. Auch viele indigene Gemeinden nehmen teil. Das politische

Spektrum ist sehr breit gefächert, Es gibt Anarchistinnen, Kommunistinnen, soziale Organisationen und indigene Gruppen, aber auch viele Menschen ohne ideologische Prägung und ohne feste politische Organisation, die für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen. In unserem Rat treffen über 200 Delegierte aus allen Regionen Oaxacas zusammen. Sie entscheiden gemeinsam und im Konsensprinzip."

Die APPO als Gesamtheit verfügt daher auch keineswegs über einen homogenen Forderungskatalog oder einförmige Rezepte für eine gerechtere Gesellschaft, wie die APPO-AktivistInnen immer wieder betonen. Dieser Hinweis scheint besonders für die mexikoweite und internationale Rezeption der Bewegung wichtig zu sein, tauchen doch in Analysen und Berichten verschiedener linker Strömungen Versuche auf, die Bewegung für den jeweils eigenen „-ismus" zu vereinnahmen oder „historische Gesetzmäßigkeiten" - wie z.B. einen „unvermeidlichen" Rätesozialismus - zu postulieren.

Die APPO hat nach wie vor den Anspruch, Schritt für Schritt ihre Politik zu bestimmen. Am 10. und 11. Februar trafen sich daher Hunderts Mitglieder der APPO zu einem Kongress, um über den Zustand und die weitere Organisierung ihres Netzwerkes, eine tief greifende Transformation des Bundesstaates, die internationale, nationale und regionale Situation sowie die Menschenrechtslage zu diskutieren. Nach einer umfassenden Debatte wurde im Konsens festgehalten, dass die APPO weiterhin zivil dafür kämpft, eine langfristige Bewegung aufzubauen, um schließlich eine Realität zu erreichen, in der die Bevölkerung von der Basis aus die Gesellschaft gestaltet. Dazu soll ein breiter gesamtgesellschaftlicher Dialog geführt werden, an dessen Ende eine grundlegende Reform oder Neugestalt der Gesellschaft mittels einer neuen Verfassung stehen soll.

Der Begriff der *poder popular* (Volksmacht) ist sehr häufig zu hören, wenn APPO-AktivistInnen nach dem Ziel ihres Engagements gefragt werden. Was dies am Ende genau impliziert, ist jedoch noch lange nicht klar. Die Verhältnisse in Oaxaca sind alles andere als einfach, die Bewegung keineswegs widerspruchsfrei und der einzuschlagende Weg mitnichten unumstritten. So war die Debatte um die Strategie der APPO bei den nächsten Wahlen erwartungsgemäß nicht leicht. Im August werden in Oaxaca die Abgeordneten für den Kongress des Bundesstaates und im Oktober die Präsidentinnen der über 500 Landkreise gewählt. Nach ausgiebiger Diskussion hat die APPO beschlossen, die wahlberechtigte Bevölkerung Oaxacas zu einer Abstrafung der bald 80 Jahre dort regierenden PRI und der seit 2000 auf Bundesebene amtierenden rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) aufzurufen. Die APPO hat mit einem derartigen Aufruf bei den Präsidentschaftswahlen von 2006 ein beachtliches Ergebnis erreicht: in neun von elf Bezirken verlor die bis dato ungeschlagene PRI. Von nicht wenigen Beobachterinnen wurde nun erwartet bzw. befürchtet, dass die APPO im Kontext der Wahlen ein strategisches Bündnis mit der sozialdemokratische Partei der Demokratischen Revolution (PRD) eingehen würde, doch dies wurde von den basisorientierten Strömungen des Bündnisses verhindert. Zu oft wurden soziale Organisationen enttäuscht, die sich auf die Parteien verlassen hatten, so links deren Diskurs auch war. Die PRD ist heute vielerorts ebenso in Korruption und Repression verstrickt wie die einst allmächtige PRI. Darüber hinaus gibt es in der APPO Gruppierungen, die in der Übernahme der staatlichen Macht keine Perspektive sehen und die Wahlen insgesamt in Frage stellen.

Im Kontext der nächsten Wahlen ist den zahlreichen Mitgliedsorganisationen - im Sinne der Autonomie der Einzelgruppen - nun zwar erlaubt, als Person oder Gruppe zu kandidieren, die Bezeichnung APPO darf dabei allerdings nicht geführt werden. Falls ein Mitglied des APPO-Rates über eine Liste der PRD oder einer anderen Partei -die auf diesem Weg auf einen Imagegewinn hoffen -kandidieren möchte, muss diese Person direkt von ihrem Posten zurücktreten. Die APPO selbst wird keine Kandidatinnen aufstellen.

Auf die Frage, ob siegreiche Kandidatinnen, die der APPO nahestehen, die Bewegung manipulieren könnten, antwortet Gustavo Esteva von der APPO selbstbewusst: „Niemand kann die Strukturen der APPO dominieren, seien es gewählte Abgeordnete oder angebliche Führer. Eine Gruppe von Organisationen, mehrheitlich lokale Gruppen nationaler Organisationen, haben dies versucht. Eine Zeit lang schienen sie Erfolg zu haben, in der provisorischen Leitung oder im Rat, doch dies war niemals real. Der Charakter der Bewegung, die Form, in der sie operiert, verhindert, dass einige Anführer' oder Organisationen sie kontrollieren können. Was in der Versammlung passiert ist, belegt klar und deutlich, dass diese Organisationen im Innern der APPO an Einfluss verloren haben," Eine Integration der APPO in die etablierte politische Klasse scheint erst einmal verhindert worden zu sein, doch die institutionelle Linke wird sicherlich weiter versuchen, die Bewegung zu zähmen. Überdies bestimmen autoritäres Kazikentum und korrupter Klientelismus weiterhin die Gesellschaft von Oaxaca und Mexiko. Die Basis der APPO hat sich aufgemacht, um diese politische Kultur „von oben für oben" aufzubrechen und neue Wege zu suchen.

aus ila,
Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika
Ausgabe 303, März 2007

Luz Kerkeling ist Mitarbeiter der Gruppe B.A.S.T.A. und hält sich zur Zeit in Oaxaca auf.

Evo auf Gratwanderung

Ein gutes Jahr ist vergangen seit Evo Morales als erster indigener Präsident Boliviens sein Amt antrat. Grundlegende Veränderungen zu schaffen, war das erklärte Ziel seiner Regierung. Eine erste Zwischenbilanz zeugt von insgesamt positiven Entwicklungen trotz einiger ernster Schwierigkeiten.

Der Enthusiasmus ist bei Evo Morales noch nicht verflogen. An dem Anspruch seiner Antrittsrede, Bolivien in eine bessere Zukunft zu führen, hält der Präsident fest. Als wichtigste Projekte nannte er damals die Verstaatlichung der Bodenschätze, die Umverteilung von Land, die Ausweitung der legalen Nutzung der Kokapflanze und die Einberufung einer verfassunggebenden Verfassung. Nun ist ein Jahr vergangen und es stellt sich die Frage, was aus den ambitionierten Zielen seiner Partei der MAS (Bewegung zum Sozialismus) geworden ist.

Die Verstaatlichung der Öl- und Gasreserven ist ein großer Erfolg der Regierung. Am 1. Mai 2006 proklamierte Evo Morales deren Nationalisierung und ließ Soldaten an Ölfeldern und Raffinerien aufmarschieren, um „die Ressourcen zu sichern“. Die martialische Geste war jedoch nicht mehr als ein Fototermin für die Presse. Nach ein paar Tagen wurden die Soldaten abgezogen, nachdem die Bilder in Brasilien, Argentinien und Spanien heftige Reaktionen ausgelöst hatten. Die internationalen Öl- und Gasunternehmen wurden aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten neue Verträge mit dem Staat auszuhandeln, nach denen der Staat eine Mehrheitsbeteiligung an allen Unternehmen erhält, die unter dem Dach der staatlichen Erdölgesellschaft YPFB zusammengefasst werden. Die Gewinnsteuern bei den drei größten Ölfeldern wurden von 50 auf 82 Prozent erhöht. Am 28. Oktober unterzeichneten alle 44 in Bolivien tätigen Ölfirmen die neuen Verträge mit der Regierung. Zudem wurde ein neuer Vertrag über Gaslieferungen nach Argentinien unterzeichnet, der Boliviens Einnahmen um 50 Prozent erhöht. Insgesamt geht der Verstaatlichungsprozess aber langsamer voran als geplant: Die Resolution, die die Mehrheitsbeteiligung des Staates an den Öl- und Gasunternehmungen festlegte, wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, da Bolivien die finanziellen Mittel fehlen, die Anteile an den Projekten zu erwerben. Nach Brasilien exportiert Bolivien weiterhin Gas zu im Vergleich zum Weltmarktniveau stark reduzierten Preisen. Bislang ist kein neuer Vertrag in Sicht. Auch die Konsolidierung von YPFB verläuft schleppend. Bereits zweimal musste ein neuer Direktor ernannt werden. Immer wieder kommt es zudem zu Engpässen bei der Treibstoffversorgung, besonders Flugbenzin ist knapp und muss zu hohen Preisen importiert werden.

Ein Coup gelang der MAS mit der Absegnung der Landreform im November 2006 durch den von der Opposition dominierten Senat. Drei Senatoren der Opposition stimmten überraschend dem Gesetzentwurf der MAS zu. Nach dem Gesetz kann der Staat LandbesitzerInnen enteignen, sofern ihre landwirtschaftlichen Flächen mehr als sieben Jahre brach liegen. Alle zwei Jahre sollen ExpertInnen überprüfen, ob das Land tatsächlich produktiv genutzt wird. Dennoch ist die Regierung von der konkreten Umsetzung der Landreform noch weit entfernt – so sollen erst im Laufe diesen Jahres die Verwaltungsregeln für das Gesetz abschließend definiert werden. Die staatliche Behörde INRA, die für die Umsetzung der Landreform verantwortlich ist, will 2007 Titel für 10 Millionen Hektar Land vergeben. Konflikte mit GroßgrundbesitzerInnen in den östlichen Departements Santa Cruz, Beni und Pando sind programmiert: Diese haben angekündigt, sich gegen Enteignungsversuche mit privaten Milizen zu Wehr zu setzen.

Verfassungsprozess ohne Einigung

Schwierig gestaltet sich der Prozess zu einer neuen Verfassung. Die verfassunggebende Versammlung trat erstmals im August 2006 zusammen, mit dem Mandat, innerhalb eines Jahres den Text einer neuen Verfassung vorzulegen. Allerdings ist die Versammlung bisher nicht über eine Debatte der Geschäftsordnung hinausgekommen. Kontrovers ist vor allem, mit welcher Mehrheit der Verfassungstext beschlossen werden soll. Das Gesetz über die verfassunggebende Versammlung schreibt vor, dass der Text mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegierten beschlossen wird. Die Opposition besteht darauf, dass diese Vorschrift für alle Entscheidungen der Versammlung gilt. Laut Interpretation der MAS, die 54 Prozent der Delegierten der Versammlung stellt, ist die Zweidrittelmehrheit nur für die Ratifizierung des Gesamttextes nötig, während für Entscheidungen zu einzelnen Artikeln während der Arbeitsphase die einfache Mehrheit ausreicht. Bislang sind alle Kompromissversuche gescheitert. Zwar sind die 21 thematischen Kommissionen, in denen die Inhalte ausgearbeitet werden sollen, bereits gebildet, aber solange es keine Einigung in der Mehrheitsfrage gibt, liegen die

Die MAS-Regierung hat viel erreicht und noch viel mehr vor

inhaltlichen Diskussionen auf Eis. Mit jedem Tag wird es unwahrscheinlicher, dass die Bolivianerinnen und Bolivianer tatsächlich am 6. August 2007 über eine neue Verfassung abstimmen werden.

Gutes und schlechtes Koka

Ein weiteres zentrales Projekt der Regierung ist die Förderung der legalen Nutzung der Kokapflanze. Die Regierung plant, den legalen Kokaanbau von derzeit 12.000 auf 20.000 Hektar auszuweiten. Der Ertrag von 4.000 Hektar soll industriell zu Kokatee für den Export verarbeitet werden. Die geplante Ausweitung stößt vor allem bei den USA auf Kritik, die ihre Unterstützung für Bolivens Drogenbekämpfung für das kommende Jahr um 25 Prozent reduzierte. Wie groß der Markt für legale Nutzungen der Kokapflanze ist, soll eine Studie zeigen, die die Regierung 2007 erarbeiten will. Hingegen will die Regierung radikal gegen den illegalen Kokaanbau vorgehen. Das erste selbstgesteckte Ziel, 5.000 Hektar illegaler Kokaanpflanzungen zu vernichten, ist ihr gelungen – durch freiwillige Vereinbarungen mit den Kokabauern, wie die MAS betont.
Ein sehr populäres Projekt ist der Bono Juancito Pinto, benannt nach einem Kindersoldaten im Pazifikkrieg: Als Anreiz für regelmäßigen Schulbesuch wird der Bono, 200 Bolivianos (ca. 20 Euro), an alle SchülerInnen der ersten bis fünften Klasse ausgezahlt, die auf eine staatliche Schule gehen. Finanziert wird dies aus den staatlichen Mehreinnahmen im Öl- und Gassektor. Eine Hälfte des Geldes soll zu Beginn des Schuljahres gezahlt werden, die andere Hälfte am Ende des Jahres. Der Bono ist zweifellos eine wertvolle Unterstützung für die Familien, insbesondere unter der armen Landbevölkerung – dem nationalistischen Namens des Programms zum trotz. Ob Eltern durch den Bono Juancito Pinto allerdings motiviert werden, ihre Kinder länger zur Schule zu schicken, wird davon abhängen, ob der Bono auf ältere Jahrgänge ausgeweitet wird: Statistiken zeigen, dass viele SchülerInnen ab der 6. Klasse die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die schwerste Krise ihrer bisherigen Amtszeit erlebte die MAS-Regierung im Oktober 2006, als bei Konflikten zwischen BergarbeiterInnen der staatlichen Minengesellschaft COMIBOL und unabhängigen Bergarbeitergenossenschaften in der Zinnmine von Huanuni 16 Menschen ums Leben kamen und 80 teils schwer verletzt wurden. Der Konflikt war nach dem Scheitern mehrerer von der Regierung unternommener Vermittlungsversuche eskaliert: Die Genossenschaften hatten versucht, sich gegen den erbitterten Widerstand von COMIBOL-MitarbeiterInnen Zugang zu den ertragreicheren Schichten des Berges zu verschaffen. Als Konsequenz entließ Morales den Bergbauminister, verstaatlichte die Mine per Dekret und kündigte an, dass die Genossenschaftler von COMIBOL übernommen würden. Innerhalb von drei Monaten übernahm die staatliche Gesellschaft über 4.000 Bergarbeiter. Die Verstaatlichung des gesamten Bergbausektors, die ursprünglich zusammen mit der Neugründung von COMIBOL im Oktober geplant war, verschob die Regierung aus finanziellen Gründen hingegen auf das kommende Jahr. Weitere Konflikte mit den starken Bergarbeitergenossenschaften scheinen unausweichlich. So verzichtete die Regierung Anfang Februar nach gewalttätigen Protesten von GenossenschaftlerInnen in La Paz auf eine geplante Erhöhung der Bergbausteuern.

Um Unterstützung werben

Trotz der Schwierigkeiten überwiegen die positiven Entwicklungen seit Morales' Amtseinführung: beispielsweise die Alphabetisierungskampagnen oder das Programm, das zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens Menschen in abgelegenen Gegenden ermöglicht, Personalausweise zu erhalten und somit die Möglichkeit, wählen zu gehen. Bemerkenswert sind auch die regelmäßigen Treffen zwischen Regierung und sozialen Gruppierungen, in denen die Arbeit der Regierung evaluiert wird. Aber es bleiben viele Herausforderungen, die Projekte weiter zu entwickeln. Die größte Herausforderung für Evo Morales wird sein, sich die Unterstützung der Mehrheit der BolivianerInnen zu erhalten, die ihn im Dezember 2005 gewählt hat. Die Basisgruppen der MAS erwarten die schnelle Umsetzung tiefgreifender Reformen, während die Mittelschicht sich fragt, welche Rolle sie in einem Bolivien mit indigen geprägten Machtstrukturen innehaben wird. Um das ehrgeizige politische Projekt fortzuführen, wird die MAS und Morales auch im zweiten Regierungsjahr eine Gratwanderung zwischen

Text: Benjamin Kiersch

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

Nummer 393

Der Schatten des Kreuzes

Karfreitagsgedanken zur Kriegstheologie im Kino und zur Passionsfrömmigkeit

Peter Bürger 06.04.2007 telepolis

Beim kampfbereiten Märtyrerkult denkt man heute wohl am ehesten an Blutriten der Volksfrömmigkeit in Kerbala oder Teheran. Bei diesen Trauerakten handelt es sich um eine - in unseren Medien oftmals verzerrt dargestellte - konfessionelle Besonderheit der Schiiten. Sie gelten dem Prophetenenkel Husain, mit dem sich die Vorstellung eines stellvertretenden Sühneleidens verbindet. Ursprünglich war dem Islam eine solche - eher christlich anmutende - Passionsfrömmigkeit völlig fremd. Verbreitet ist die apologetische These, das Christentum habe im Gegensatz zum zeitweilig kriegserprobten Propheten Mohammed eine passiv duldende und Gewalt erleidende Zentralgestalt und sei deshalb vom Wesen her weniger gewalttätig als der Islam. Doch Massenvernichtungstechnologie und Praxis des modernen Krieges sind nirgendwo anders entwickelt worden als auf dem Gebiet des „christlichen Kulturkreises". Im Kino kann das zentrale Leidenssymbol „Kreuz" noch immer zum Gegenstand von Kriegstheologie werden. Eine christliche Selbstbesinnung bezogen auf den eigenen Gewaltschatten ist dringend notwendig.

Das Kreuz ist heute unbestritten das zentrale Erkennungszeichen der Christen. Gleichwohl kannten die frühesten Gemeinden andere, außerordentlich weit verbreitete Symbole und Bilder, so den Fisch (ICHTYS) oder die schon vorchristlich bekannte Darstellung des guten Hirten. Das Kreuz wird als eigenständiges Bildthema erst nach Anerkennung des Christentums durch Kaiser Konstantin zu Beginn des 4. Jahrhunderts greifbar. Eine regelrechte Kreuzes-Kunst entwickelt sich, als Theodosius I. die grausame Kreuzigungs-Strafe abschafft. Das romanische Kreuz kommt einer Throndarstellung gleich. Es zeigt den Sieger.
Vorbereitet unter anderem durch die byzantinische Kunst am Ende des ersten Jahrtausends verbreitet sich im Abendland auch der Bildtypus des leidenden oder toten Gekreuzigten. Diese Darstellungsform setzt sich im 13. Jahrhundert allgemein durch. Den blutigen Leichnam Jesu hatten einst Josef von Arimathäa und Nikodemus vom Balken abgenommen. Nun kommt er in den Gotteshäusern wieder ausgiebig zur Anschauung.

Das Kreuz als Folter- und Hinrichtungsinstrument des Imperiums

Die Diskretion der frühen Christen bezogen auf den bildlichen Gebrauch des Kreuzzeichens (Stauro-Gramme) gibt zu denken. Was immer auch archetypische Esoterik oder spekulative Theologie beizusteuern wissen, das Kreuz bleibt zunächst Folter- und Hinrichtungsinstrument des Römischen Reiches. Als solches gibt es Zeugnis ab von irdischen Macht- und Gewaltverhältnissen, keineswegs jedoch von einem ewigen Erlösungsratschlag.
Der imperiale Hinrichtungsbalken wurde dann besonders in der abendländischen Christenheit zum alles beherrschenden Thema. Nur selten sind im Zentrum einer Kirche Bilder der Geburt[1] oder eine Ostersonne des neuen Lebens zu entdecken.
Auf viele Nichtchristen wirkt diese Übermacht des Kreuzes nekrophil. Historisch auffällig ist, dass sie erst mit der Allianz zwischen verfasster Christenheit und kriegerischer Staatsmacht hervortritt. In der Folge kommt es auf bedenkliche Weise zu einer sakralen Überhöhung des Blutes (1) . Wer Blut förmlich anbetet, so ist zu fürchten, der könnte am Ende allzu leicht Gefallen daran finden, den ganzen Erdkreis mit Blut zu bespritzen. Von den Kreuzfahrern ist jedenfalls bekannt, dass sie beides praktizierten und besangen.
Psychologisch gesehen ist jeder Opferkult ambivalent. In seinem Buch „Masochismus und Moral" (1983) meint Günter Gödde, „dass jeder Masochist ein potentieller Sadist ist: Wer sich selbst zum Feind nimmt und seine Aggressionen gegen sich selbst richtet, kann sich schwerlich von sadistischen Impulsen freihalten." Masochistischer Leidenskult und sadistische Gewaltverherrlichung gehören zu einem Komplex - ebenso wie die Unterwerfung unter einen gewalttätigen Moralismus (rigoroser Trieb-"Verzicht" als Selbstzweck, Überich-Terror etc.) und die zugehörigen grausamen Strafphantasien. Besonders einige westliche Theologenmeinungen über die Sühnekraft des Kreuzes stützen zudem jene Ideologie vom naturhaft oder wesensgemäß bösen Menschen, die Grundlage aller militaristischen Konzepte von „Weltordnung" ist.

Das Leben des Brian

Wer als Christ die angedeuteten psychologischen Zusammenhänge nicht auf die eigene Religion beziehen will, kommt dennoch nicht an historischen und zeitgenössischen Befunden vorbei. Zumindest diese machen eine theologische Analyse des gewalttätigen Schattens im Christentum unabdingbar. Die Kriege der Christenheit standen stets im Zeichen des Kreuzes. Die deutsche Kriegstheologie der beiden großen Konfessionen - im Kontext von zwei Weltkriegen - ist nur ein besonders abstoßendes Kapitel dieser Instrumentalisierung. Mit einigen ausgewählten Filmbeispielen[2] möchte ich nachfolgend zeigen, dass die entsprechende Ikonographie auch Eingang in die kommerzielle Massenkultur der „christlichen" Welt gefunden hat.
Im US-Kriegsfilm gibt es insbesondere immer wieder westliche Nachfolger der

Märtyrer von Nagasaki, die 1597 wegen ihres christlichen Glaubens in Japan gekreuzigt worden sind[3] Der unter Assistenz des US-Militärs gedrehte Weltkriegsfilm Pearl Harbor (2001) entwickelt ausgiebig das religiöse Thema und spitzt es auf diesen Topos zu. Nach dem Angriff der Japaner spricht der Militärseelsorger einem sterbenden Soldaten folgenden Trost zu:

> Mein Sohn, halte fest an deinem Glauben. Jesus sagt: Heute noch wirst du mit mir im Paradies sein! Also fürchte dich nicht. Im Stande der Gnade wirst du sterben!

Die Kameraden kommen zur Blutspende. Präsident Roosevelt ist an Gottes Beistand hörbar gelegen. Sogar Colonel James H. Doolittle, dessen Glaube sich offenbar in einer weltlichen, patriotischen Berufung erschöpft, bittet seinen Co-Piloten beim Vergeltungsschlag: „Beten Sie für uns beide!“ Allerdings stellt sich vor den Särgen der Pearl Harbor-Opfer die Frage, welche Antwort der christliche Gott auf den „göttlichen Wind“ (Kamikaze) der Japaner bereithält. Die Theologie des Filmes gipfelt in einer Christus-Ikone: Die beiden Flugzeuge des Heldenduos „Danny & Rafe“ stürzen nach dem Racheangriff auf Tokio - unter japanischem Beschuss - an der chinesischen Küste ab. Am Boden legen die japanischen Besatzungstruppen Danny ein Holzjoch auf die Schultern. Doch der so Gekreuzigte kann seinem Freund Rafe noch vor seinem Tod das Leben retten und vollendet sein eigenes Leben als Märtyrer.
Der Film To End All Wars (GB/USA/Thailand 2002) zeigt britische Soldaten eines schottischen Bataillons und einige Männer der U.S. Army als Gefangene in einem japanischen Dschungelcamp zeigen. Diese „wahre Brücke am Kwai“ von David L. Cunningham erinnert mit authentischem Anspruch noch einmal an die Zwangsarbeiter einer Bahnstrecke von Singapur nach Thailand während des Zweiten Weltkrieges und die Missachtung der Genfer Konventionen durch das Kaiserreich Japan. An einer Stelle folgt die Tortur der Japaner gezielt der Kreuzigungsmethode. Dies wird allerdings - ganz anders als im Staatskunstwerk Pearl Harbor - mit einer christlich motivierten Absage an Vergeltung beantwortet.

The Great Raid

Der aktuellste, vom Pentagon geförderte Bataan-Titel The Great Raid (USA 2005) will an das Schicksal von zehntausenden US-Soldaten erinnern, die auf den Philippinen ermordet wurden oder für drei Jahre in japanische Kriegsgefangenschaft gerieten, ebenso an die „bis heute erfolgreichste Rettungsoperation der US-Militärgeschichte“ im Januar 1945. Der Zuschauer sieht, dass die Japaner bei der Ausführung ihrer Kriegsverbrechen weder Menschlichkeit noch Völkerrechtskonventionen kennen. Das „christliche“ Paradigma entfaltet sich über mehrfache Kreuzigungsszenen, Opferethos, Gebetsgesten, Choralmusik, Kirchenraum und positive Drehbuchrollen von Geistlichen.

Der gekreuzigte Muskelkrieger - Das Imperium als Opfer

Nach dem Vietnam-Krieg mit drei Millionen Toten und dem bislang umfangreichsten Einsatz chemischer Massenvernichtungsmittel[4] betrachtete die Weltöffentlichkeit die USA sehr deutlich als Täter. Indessen wurde während der Reagan-Ära eine hysterische Kampagne der eigenen Opferstilisierung des Imperiums in die Medien und Kinos lanciert. Man behauptete im Rahmen eines wahren Kreuzzuges - frei erfunden - eine anhaltende Kriegsgefangenschaft zahlreicher US-Soldaten in Südostasien.[5]
Mit welchen Wahngebilden in diesem Zusammenhang die Leiden der Soldateneltern und Veteranen instrumentalisiert wurden, zeigt - stilbildend - die rassistische Milius-Produktion Uncommon Valor (USA 1983). Der prominente Heldentypus dieser Epoche ist ein mit Muskelpanzer ausgestatteter US-Krieger. Rambo ist stets Opfer oder Befreier von Opfern. Im Folterkeller der jeweiligen Bösen begegnet er uns in Gestalt des Gekreuzigten.[6]

John Milius hat - mit Unterstützung von Drehbuchautor Oliver Stone - das neu aufgelegte bellizistische Bild von „Männlichkeit“ schon in seiner Fantasy-Saga Conan The Barbarian (USA 1981) inszeniert. Dieser Titel zelebriert sehr ausgiebig das zentrale Motiv der kriegstheologischen Ikonographie aus Hollywood: den Krieger am Kreuz, die Reanimation durch einen „heiligen“ Geist und den Ostermorgen des Helden.[7] Würde man Zuschauern nur die entsprechenden Szenen zeigen, so würden sie zunächst glauben, Arnold Schwarzenegger spiele hier die Hauptrolle in einer älteren Verfilmung der Passion Christi. Übrigens zählt in den Augen des von Conan verehrten Kriegsgottes „nicht der Grund eines Krieges, sondern nur der Mut“. Blut muss auf jeden Fall fließen.
Auch die Plakatwerbung für Oliver Stones Vietnamfilm Platoon (USA 1986) enthielt einen Bezug zur Ikonographie des Gekreuzigten. Dieser galt nicht etwa dem ersten in US-Militärhaft getöteten Vietnam-Kriegsdienstverweigerer[8] oder den vietnamesischen Opfern, sondern dem integren US-Soldaten. Dieser heißt Sergeant Elias und verkörpert im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen „Gut und Böse“ innerhalb des U.S. Army den leidenden Gerechten. Im Resümee des Films erfahren wir erstaunlicher Weise, dass es in Vietnam eigentlich auch gar nicht um Vietnam ging, sondern um einen „inneren Kampf“ des US-Kriegers.
Im Genre des Kriegsgerichtsfilms - so im Pentagon-Kooperationsprojekt Rules of Engagement (USA 2000) oder in der TV-Serie JAG (USA 1995ff) - begegnet uns die Gestalt des unschuldig Verfolgten personifiziert durch US-Soldaten, die man wegen Kriegsverbrechen angeklagt hat. Die entsprechenden ideologischen Vorlagen haben US-Evangelikale geliefert. Der „gläubige“ US-Marineleutnant Oliver North, Nationalheld der Iran-Contra-Affäre und mitverantwortlich für militärisches Morden in Nicaragua und Nahost, erhielt von der christlichen „Liberty University“ einen Ehrendoktorhut und wurde durch den fundamentalistischen Starprediger Jerry Falwell so getröstet: „Wir dienen einem Erlöser, der auch angeklagt und verurteilt wurde.“[9]
Mel Gibson und die Anbetung des Blutes
Im Jahr 2001 betete die Hauptfigur in dem vom Pentagon gesponserten Vietnam-Kriegsfilm We Were Soldier auf der Kinoleinwand, Gott möge den USA zum Sieg verhelfen und die Gebete der

Feinde nicht erhören. Der Schauspieler hieß Mel Gibson, und der besagte Filmtitel ist eine wahre Fundgrube für die Untersuchung des frommen Bellizismus.

The Passion Of The Christ

Gibson ist katholisch-traditionalistischer Sektierer, „Lethal Weapon" in einer ganzen Reihe gewaltverherrlichender Kinoprodukte und Kronzeuge für den Zusammenhang von Kriegstheologie und Kreuzsymbolik. Besonders blutrünstig betätigt er sich als christlicher Partisan mit Indianeraxt im Film The Patriot (USA 2000) über den US-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Als Filmemacher und Hauptrollendarsteller inszenierte Gibson sich selbst auch in Braveheart (1994) als heiligen Krieger und Märtyrer des schottischen Freiheitskampfes zwischen 1275 und 1305 nach Christus.[10] In diesem Historienfilm triumphiert der Held auf den Schlachtfeldern über homosexuelle Weichlinge, bevor er am Ende auf dem Kreuzbalken der Folterer sein eigenes Blut für die Freiheit hingibt. Er stirbt - im Sinne des zivilreligiösen US-Vokabulars - den „Sacrificial Death". Die „Christus"-Ikonographie zum Schluss ist schwer zu übersehen.

In einer bruchlosen Tradition dieser von Rache und Grausamkeit geprägten Kriegsbilder hat der Regisseur Gibson 2004 seinen Film The Passion Of The Christ vorgelegt: Das Martyrium der Erlösergestalt wird - auf der Folie antijudaistischer Feindbilder - extrem blutig und gewalttätig inszeniert, während der Exponent der seinerzeit exzessiv kreuzigenden Besatzungsmacht in Palästina gut wegkommt. Pilatus, Statthalter des imperialen Roms, erscheint in Gibsons Passion „geradezu als humanitärer Schöngeist, als Mann von sanfter Menschenfreundlichkeit" (so die jüdische Theologin Ruth Lapide). Beifall für dieses bluttriefende Machwerk[11] kam vor allem aus der evangelikalen Ecke und dem Rechtsaußenrand der katholischen Kirche. Zustimmung hat dem Verfasser jedoch auch ein junger Videoverkäufer signalisiert, der meinte, endlich hätte das Christentum Anschluss an die moderne Massenkultur gefunden!

Nur am Rande sei vermerkt, dass auch der böse Schächer am Kreuz - an der Seite des Heilandes - im Hollywoodfilm Spuren hinterlässt. Das Filmmonster Hannibal Lecter (Rezept für ein Monster (2)) wird in Kreuzespose vorgeführt. Vor dem Einschalten der Giftspritzen-Perfusoren zeigen US-Filme über die Todesstrafe, wie man die Übeltäter auf ein Hinrichtungskreuz fesselt. Beim Lynchmord an einem Schwulen kommt es - ebenfalls nicht nur fiktiv - zur Geißelung am Zaunpfahl.[12]

Filmgeschichtlich lässt sich insbesondere eine Affinität zwischen Erlösermythos und Endzeit aufzeigen. Im Klassiker The Last Man on Earth (Italien/ USA 1964) spendet Vincent Price sein heilbringendes Blut den letzten Überlebenden der Menschheit und muss zum guten Schluss auch sein Leben vor dem Altar einer Kirche dahingeben. Im Remake The Omega Man (USA 1971) mit Charlton Heston verwandelt Regisseur Boris Sagal diese Szene. Der selbstlose Heiland, der zuvor ausgiebig seine Waffenkünste unter Beweis gestellt hat, lässt nun seinen rettenden Lebenssaft in einen wahren Blutbrunnen fließen.

Armageddon

In zwei sehr ähnlichen Blockbustern des Katastrophenkinos von 1998, die beim Filmbüro des Pentagon auf große Kooperationsbereitschaft stießen, kann man die „biblischen" Dimensionen kaum übersehen und überhören. Zunächst transportiert die Bruckheimer-Produktion Armageddon (1998) den Mythos des leidenden Gerechten. Dessen Selbsthingabe steht für die Erlösernation USA, die „Redeemer Nation": US-Ölförderunternehmer Stamper (Bruce Willis), der „tapferste Mann der ganzen Welt", gibt als Märtyrer sein Leben dahin im Rahmen der Operation „Freedom for all Mankind". Er ist es, der wegen eines beschädigten Mechanismus im Weltraum zurück bleibt und den - zur Abwehr eines auf die Erde zurasenden Asteroiden eingesetzten - Atomsprengsatz per Hand zündet.

Die gleiche Mission zur globalen Katastrophenabwehr wird in Deep Impact (USA 1998) mit einer noch drastischeren national-religiösen Metaphorik verbunden: Den größten Teil eines bedrohlichen Kometen kann die Raumschiff-Crew erst in letzter Minute ausschalten und zwar durch die Verwandlung ihres Space Shuttles in eine „Atomrakete". Das Raumschiff, dessen Mannschaft zu diesem Selbstopfer bereit ist, trägt den Namen „Messiah". Die gute Seele der Messias-Crew ist „Fish", was an das zentrale Christus-Symbol der frühen Kirche erinnert. Das - zynische - Überlebenssystem für einen kleinen Rest der Menschheit ist unschwer als „Arche Noah" gestaltet. Der noch jugendliche Erstentdecker des Kometen, seine Freundin und ein gerettetes Baby überleben auf einem Berg als paradiesische Urfamilie die - wiederum biblische - Sintflut.

Den vorläufigen Höhepunkt der eigentlichen Kriegstheologie im Kino bietet die Matrix-Trilogie (USA 1999-2003) der Brüder Wachowski, die vom „Biblischen Glaubenszentrum Ludwigsburg" gar als zeitgemäßes Medium für die christliche Mission (3) betrachtet wird. Bei den durchgehenden Parallelen zur Jesus-Geschichte ist selbst die Judas-Gestalt nicht vergessen worden.[13]

Der äußerst interessante - gnostische - Ausgangspunkt des Matrix-Drehbuches führt im Verlauf der drei Teile zu einer großen Schlacht zwischen „Gut und Böse" im Bereich der äußeren Welt. Die Unangepassten und Systemverweigerer vollziehen - als „Re-Inkarnierte" - im Rahmen reaktivierter Staatsorgane und eines riesigen Militärapparates den nationalen Aufbruch. Orakelweisungen,

eine Jungfrau-Gestalt namens „Trinity“ und die Tugend eines unerklärlichen Glaubens flankieren den Heiligen Krieg. Im dritten Teil mutiert die Cyberkultur von Matrix endgültig zu einem „biblischen“ Endzeitspektakel mit vielen todesbereiten Märtyrern: „Wenn es unsere Zeit ist, zu sterben, dann werden wir sterben. Ich verlange nur eins: Wenn wir diesen Bastarden unser Leben geben müssen, dann werden wir ihnen vorher die Hölle bereiten.“ In den Hallen der letzten Entscheidungsschlacht bilden kreuzförmig angeordnete Lichter das Heilszeichen der Erlösung. Der Messias wider die Maschinenwelt stirbt in Kreuzes-Pose, und den Zuschauern wird das Ende der Passion versichert: „Es ist vollbracht!“

Die Märchenverfilmung The Chronicles of Narnia (USA 2005) nach einem Kinderbuch von C. S. Lewis, eine Blockbuster-Produktion der oberen Preisliga, führt Jungen und Mädchen an - geschlechtsspezifisch gestaltete - Aufgaben im Krieg gegen das Böse heran. Im Königreich Narnia herrscht endloser Winter. Damit das Eis schmilzt, muss man zum Krieg rüsten. Der gute Löwe Aslan, eine Gestalt des ewigen Königs, stirbt auf dem Altar einer Kultstätte. Doch da er (wie Christus) sein Leben als Unschuldiger und freiwillig dahingegeben hat, scheint die Sonne der Auferstehung: „Vielleicht hat er sogar den Tod für immer besiegt!“

Die Matthäus-Passion als Schlummergesang des Gewissens?

In der Umkehrung des Kreuzes sieht sich das Imperium unter Berufung auf das heilige Opfer eines Unschuldigen zur Gewaltausübung bevollmächtigt. Für diese Perversion in der zu Weltmächtigkeit aufgestiegenen Christenheit gibt es in unserer Gegenwart leider viel Anschauungsmaterial, das nicht aus dem Kino kommt. US-Präsident George W. Bush konsultierte vor dem Irak-Krieg nicht seinen leiblichen, sondern den „höheren Vater“ im Himmel und betete, „dass ich der beste Botschafter seines Willens sein kann, den es gibt.“ Während das mächtigste und allerchristlichste Land der Erde anderen Kulturkreisen ein barbarisches Wesen bescheinigt, unterhält es selbst ein weltweites Folternetz, erklärt unter Berufung auf „höhere Missionen“ das gemeinsame Recht der Völker für gegenstandslos und führt Angriffskriege. Den „Balken im eigenen Auge“ will man freilich nicht sehen. Das nächste anvisierte Kriegsziel, der Iran, ist rein zufällig geostrategischer Angelpunkt der energiereichsten Region auf dem Erdball. Der Iran ist auch das Land mit den drittgrößten Ölreserven und den zweitgrößten Gasvorkommen, außerdem eine gewichtige Stimme im Konzert jener Länder, die zum Schrecken der USA das „Währungssystem“ der Petrodollars schrittweise unterminieren. Auch in Europa, dem anderen maßgeblichen und christlichen Kontinent, spricht man längst nicht mehr bloß von einer Doktrin des so genannten „gerechten Krieges“. Ressourcen sind heute Gegenstand der Militärplanungen (Deutsche Kriege für das „nationale Interesse“? (4)). Hierzulande erklären bislang lediglich Christen aus ökumenischen Basisnetzwerken und Friedensorganisationen den öffentlichen Widerspruch (5) zu Militärdoktrinen im Dienste von Wirtschaftsinteressen und „Energiesicherheit“. Derweil gehen staatlich finanzierte Militärseelsorge, Soldatengottesdienste im Kölner Dom, Gebetsaufrufe beim Zapfenstreichritual der Bundeswehr oder der Rekurs des deutschen Militärministers auf „Gottes Segen“ bei Auslandseinsätzen (wie zuletzt bei der Tornado-Entsendung) ihren Gang. Die Rehabilitation des Krieges im „christlichen“ Kulturkreis vollzieht sich gegenwärtig mit rasantem Tempo.[14]

Das müsste für Kirchenleitungen und Theologen eigentlich ein gewichtigerer Gegenstand der Kümmernis sein als der „fehlende Gottesbezug“ in den Urkundenentwürfen für ein säkulares Europa - es sei denn, sie wollten den bekannten Chor zum Schluss der Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach als ein Schlummerlied für das christliche Gewissen missverstehen:

> Wir setzen uns mit Tränen nieder Und rufen dir im Grabe zu: Ruhe sanfte, sanfte ruh! Ruht, ihr ausgesognen Glieder! Euer Grab und Leichenstein Soll dem ängstlichen Gewissen Ein bequemes Ruhekissen Und der Seelen Ruhstatt sein. Höchst vergnügt schlummern da die Augen ein.

Ein anderer „Karfreitagsgesang der andalusischen Zigeuner“

Als Christ wünsche ich mir ein Christentum, das die ehrwürdige Kreuzesliturgie des Karfreitags nicht auf 356 Tage im Jahr ausdehnt und das in seinen Räumen nicht den Eindruck bestärkt, Jesus von Nazareth sei - auch nach zweitausend Jahren - noch immer nicht auferstanden vom Tod in den Kirchen der Christenheit. In einem solchen Christentum würde man den Kindern vorzugsweise Frühlingsgeschichten aus Galiläa und der ganzen Welt erzählen. In ihm gäbe es weder Sehnsucht nach dem Leiden, noch Rechtfertigung für eigene Grausamkeit.

Im 9. Jahrhundert strebten fanatische christlich-mozarabische Kreise in ihrem Widerstand gegen die islamische Herrschaft in Andalusien das freiwillige Martyrium an. Daraufhin ließ der muslimische Herrscher ein christliches Konzil unter dem Vorsitz des Bischofs von Sevilla einberufen, welches das vorsätzliche Martyrium verbieten sollte.[15] Interessant ist, dass ein gutes Jahrtausend später aus Andalusien ein eindrucksvolles poetisches Zeugnis wider die Verewigung der Kreuzesleiden kommt: Die Freunde des Nazareners sollen dem Werk aller Henkersknechte ein Ende bereiten und nicht müde werden, die Nägel des Gekreuzigten herauszureißen. So meint es der spanischen Dichter Antonio Machardo (geb. 1875 Sevilla; gest. 1939 Frankreich) in seinem Lied über den „Jesus der Zigeuner“[16]:

> Eine Stimme aus dem Volk sagte: “Wer leiht mir eine Leiter, damit ich hoch auf den Kreuzesbalken steige, um die Nägel Jesu, des Nazareners, herauszureißen?“
>
> Oh, Klagelied am Karfreitag, Lied an den Gekreuzigten. Lied für den Jesus der Zigeuner, deren Hände immer blutig sind, da sie doch unaufhörlich die Nägel herausreißen.
>
> Gesang des andalusischen

Volkes, das jeden Frühling nach einer Leiter fragt, um hoch zum Kreuz zu steigen. Gesang meiner Heimaterde, die immer Blumen streut für den sterbenden Jesus. Das ist der Glaube meiner Vorfahren.

Nur du bist mein Gesang. Ich kann nicht singen und ich will auch nicht singen dem Gekreuzigten am Holzbalken, sondern Jesus will ich singen, dem, der am Meer wandelte.

Von Peter Bürger ist gerade das Telepolis-Buch Bildermaschine für den Krieg. Das Kino und die Militarisierung der Weltgesellschaft (6) erschienen.

Literaturangaben

[1] Dass bis heute die christliche Massenkultur bei der Inszenierung des religiösen Geburtsmythos über abgeschmackten, bigotten Kitsch nicht hinauskommt, zeigt zuletzt die Hollywood-Produktion The Nativity Story (USA 2006). Hier begegnet uns die fundamentalistische Vorliebe für eine Bethlehem-Idylle, wie sie der britische Film Monty Pythons Life of Brian (GB 1979) als reine Persiflage vorführt hat. Die künstlerischen Möglichkeiten, die sich z.B. bei einer tiefenpsychologischen Exegese der kombinierten biblischen Vorlagen zur Weihnachtsgeschichte eröffnen, bleiben unbeachtet.
[2] In den nachfolgenden Ausführungen zu Filmen greife ich z.T. - ohne gesonderte Quellenangaben - auf meine Bücher „Kino der Angst“ (2005) und „Bildermaschine für den Krieg“ (Telepolis-Buch 2007) zurück.
[3] Vgl. im Kontrast dazu die japanische Rede von der „christlichen Atombombe“ (Manche Japaner sprachen von der „christlichen Bombe“ (7)).
[4] Als Leidensgeschichte nicht der Vietnamesen, sondern eines US-Soldaten ist die chemische US-Kriegsführung Thema des Films My Father, My Son (USA 1988).
[5] Zur erfundenen Faktenlage der Vermissten-Kampagne vgl.: M. Frey, Geschichte des Vietnamkriegs, München 2002, S. 229; N. Chomsky, Media Control, Hamburg-Wien 2003, S. 94 und die Hinweise zum entsprechenden Filmgeschehen in: P. Bürger, Napalm am Morgen, Düsseldorf 2004, S. 55.
[6] Vgl. dazu die Rambo-Trilogie und - mit Filmbildbeispiel - auch: Angela Krewani, Der männliche Körper und sein Anderes, in: Heller/Röwekamp/Steile (Hrsg,), All Quiet on the Genre Front? Marburg 2007, bes. S. 102f.
[7] Zu denken ist freilich auch an den germanischen Gott „Baldur“. - Die Personalisierung des Archetyps vom „Großen Einzelnen“ durch Jesus von Nazareth und die Formung dieses Archetyps im Christus-Symbol führen das gewalttätige Heldentum der Geschichte an seinem Gipfelpunkt dialektisch im Anti-Helden ad absurdum und somit in gewisser Weise zur Vollendung. Die im Wahnkomplex des Übermenschentums enthaltenen Definitionen von „Stärke“ und „Schwäche“ sind erlöst. Ihre Bedeutungen werden umgekehrt: Held ist fortan derjenige, der unbewaffnet die Größe aller anderen wachsen lässt und die Erde nicht zerstört. Die zahlreichen Hollywood-Kreationen von Supermännern und „christlichen“ Kriegern sind theologisch als Rückfall bzw. Umkehr des Christus-Symbols in das überwundene, unerlöste Vor-Bild zu bewerten.
[8] Vgl. die Darstellung dieses längst vergessenen Vorfalls im wichtigen Dokumentarfilm Fuck The Army! (USA 2005) von David Zeiger.
[9] Zitiert nach: M. Scherer-Emunds, Die letzte Schlacht um Gottes Reich, Münster 1989, S. 23. - Nach Beginn des Irak-Krieges der USA war North als nationaler Medienstar Kriegsberichterstatter für Fox-News und Moderator der Sendung „War Stories“.
[10] In der Danksagungsliste von Braveheart tauchen als Unterstützer u.a. auf: The Department of Defence and the Combined Irish Defence Forces; Department of Defence - Property Management, Ireland.
[11] Gegenüber Gibsons The Passion Of The Christ ist freilich an das beachtliche theologische und künstlerische Niveau von Scorseses The Last Temptation Of Christ (USA 1988) nach einem Roman von Nikos Kazantzakis zu erinnern.
[12] Vgl. zum Schwulenmord an Matthew Shephard (1976-1998) in Wyoming den „dokumentarisch“ gestalteten TV-Film The Laramie Project (USA 2001) von Moisés Kaufman. Beim Gerichtsprozess gegen die Täter demonstrierte der aufgehetzte evangelikale Pöbel seine Sympathie für den Mörder!
[13] Vgl. Bürger, Kino der Angst 2005, S. 363-365. - Sehr gut werden die schier endlosen biblischen Bezüge auch in den aktuellen Fassungen der Wikipedia-Artikel zu Matrix Revolutions (8) und den anderen Teilen aufgezeigt.
[14] Vgl. zur theologischen Bewertung dieser Entwicklung auch: P. Bürger, Hiroshima, der Krieg und die Christen (9), Düsseldorf 2005.
[15] Vgl. A. Clot: Das maurische Spanien. Düsseldorf 2004, S. 65-67.
[16] Freie Übersetzung durch Carlos Pulet, Düsseldorf (unveröffentlichte Quelle). - Im Fragment „Der ewige Jude“ lässt der frühe Goethe den erneut zur Erde geschickten Gottessohn das Jammerbild eines reinen Kreuzes-Christentums so sehen: „Er war nunmehr der Länder satt, wo man so viele Kreuze hat und man vor lauter Kreuz und Christ ihn eben und sein Kreuz vergisst ... Wo, rief der Heiland, ist das Licht, das hell von meinem Wort entronnen? Weh, und ich seh den Faden nicht, den ich so rein vom Himmel rab gesponnen.“

Links

(1) http://www.culture.hu-berlin.de/cvb/pdf/blut.pdf
(2) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24398/1.html
(3) http://www.jesus-lb.de/fun/matrix/whatisthematrix1.htm
(4) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22686/1.html
(5) http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html
(6) http://www.heise.de/tp/r4/buch/buch_28.html
(7) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20564/1.html
(8) http://de.wikipedia.org/wiki/Matrix_Revolutions
(9) http://www.friedensbilder.de/christenkrieg

Rom/Moskau – Das Hafenstädtchen Suchumi in Georgien. Arbeiter buddeln für einen Kinderspielplatz. Beim Schaufeln stoßen sie auf Affen-Skelette. Der makabre Fund hilft jetzt, eines der düstersten Geheimnisse des Sowjet-Diktators Josef Stalin (1879–1953) zu lüften.
Stalin ließ die Affen züchten! Er wollte sie dann mit Menschen kreuzen! Monster-Bataillone aus Affenmenschen als Hilfstruppen der Roten Armee einsetzen – sie damit unbesiegbar machen.
Das enthüllten jetzt die italienische „La Repubblica“ und die russische Tageszeitung „Moskowskij Komsomolez“.
Seinen perversen Plan faßte der gebürtige Georgier Stalin, nachdem er die Nachfolge des Sowjet-Revolutionärs Lenin (†1924) angetreten hatte.
Der neue Sowjetchef schrieb ans Politbüro: Affenmenschen sollen gezüchtet werden – „widerstandsfähig und unempfindlich gegen Hunger“.
Der Auftrag ging an den Forscher Illia Ivanov. Der hatte damals bereits versucht, eine besonders widerstandsfähige Pferderasse zu züchten: eine Kreuzung aus Zebra und Pferd. **
Unterstützung für sein Affenmensch-Projekt fand Ivanov beim angesehenen Pasteur-Institut in Paris. Die Franzosen stellten ihm ihre Forschungsstation in Guinea (Westafrika) zur Verfügung. Dort sollten besonders große Menschenaffenweibchen gefangen werden.
Ivanov ans Politbüro: „Das große Problem ist nämlich, geeignete Weibchen lebend zu fangen.“
Dann griff der Russe zu einer List der Einheimischen: Um die Affen zu fangen, ließ er Bäume anzünden. Als die Tiere in Panik herunterspringen, wurden sie mit Stöcken in Käfige getrieben.
Doch auch so kamen nicht genügend Affenweibchen zusammen. Das Politbüro ließ schließlich eine spezielle Aufzuchtstation errichten.
Ivanov warb Afrikanerinnen an, die er mit Affensperma zu befruchten versuchte. Die Versuche scheiterten – Affen lassen sich nicht mit Menschen kreuzen.
Wegen seines Scheiterns fiel der Forscher in Ungnade. Im Dezember 1930 ließ ihn Stalin verhaften. Ivanov starb 1931 in einem Arbeitslager in Kasachstan.
Quelle : Bild / 19. Dezember 2005

Keine Medikamente für die Armen?

Wie Patente Menschen töten – am Beispiel von HIV-Medikamenten.

Die Pharmaindustrie ist der lukrativste Wirtschaftszweig

- gleichzeitig sterben Millionen Menschen an behandelbaren Erkrankungen, weil die Medikamente für sie unbezahlbar sind.

Mit grosser humanitärer Geste versprechen die Regierenden mehr Geld für Gesundheitsmaßnahmen in den armen Ländern und setzen das Thema HIV /AIDS auf die Tagesordnung des G8

- gleichzeitig arbeiten sie mit aller Macht daran, dass die kapitalistischen Handelsstrukturen zementiert werden und so die Ursachen für Not, Ungerechtigkeit und Ausbeutung fortbestehen.

Ein anschauliches Beispiel hierfür: Das TRIPS-Abkommen der WTO* und das entsprechende Patentrecht garantieren, dass die Profite der reichen Länder weiterhin Vorrang haben vor Menschenleben in den armen Ländern.

Sowohl HIV / AIDS als auch TRIPS werden auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm wichtige Themen sein.

Wir möchten gerne zu verschiedenen Aspekten dieses Themas informieren und mit Euch Inhalte und Strategien diskutieren.

Montag, 14. Mai 2007

19:30 im Alhambra.

Veranstalterin: Tantifa - Feministinnen gegen G8

* TRIPS = Vertragswerk zu geistigen Eigentumsrechten
WTO= Welthandelsorganisation

Rote Hilfe Greifswald

Veranstaltung zum G8

Rechtshilfe/Infos

12.05. 15:00h Alhambra, Siebdruckraum

Mai 07

Di.	1.5.	12:00	Autonome 1. Mai Demo (Kaiserstr./Bhf Oldenburg) danach Straßenfest beim Alhambra
Mi.	2.5.	20:00	FrauenLesben Kneipe mit Anti G8 Kneipenquiz
Fr.	4.5.	22:00	Sputnikkonzert: La Minor
Sa.	5.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Di.	8.5.	20:00	Subklub quizt zum G8-Gipfel
Do.	10.5.	20:00	'Block G8' Anti G8 Veranstaltung (Graswurzel)
Fr.	11.5.	20:00	Konzert: Rocking May - Inamanda + Lucky Bastardz + The Headnuts + Royal Rabbit + Commander Cokkring
Sa.	12.5	15:00	HipHop Jam: Back in the days mit Marsimoto, Mirko Machine, NAN D, Man At Cutz, Hooker, Directors Cut, Kunta Shytooth u.a. + Breakdance, Graffiti und Freestyle Battle
So.	13.5.	21:00	Konzert: No Shame (Finnland) + Narcolaptic
Mo.	14.5.	19:30	Veranstaltung: Keine Medikamente für die Armen - Wie Patente töten. Am Beispiel HIV-Medikamente
Do.	17.5.	22:00	Konzert: Alif Sound System (TLS)+ Gravebongaz (TLS) danach Party mit Team Orange (HB)
Fr.	18.5.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	19.5.	22:00	Männerfabrik
Fr.	25.5.	22:00	StepStepStep-Party
Sa.	26.5.	22:00	Rosa Disco
So.	27.5.	22:00	Hight Tension - Drum & Bass, Neurofunk, Techstep, Bassrk + Addy Attention + Zoitec + Synthex + Pulseo9 + Peak Period + MC Prof D

Juni 07

Fr.	1.6.	22:00	Reggae Corner
Sa.	2.6.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
Fr.	8.6.	21:00	Konzert und Party
Sa.	9.6.	22:00	Reggae-Party
Do.	14.6.	22:00	Party der Fachschaft Sonderpädagogik
Fr.	15.6.	22:00	Reggae, Jungle, HipHop + Live Percussion
Sa.	16.6.	22:00	Männerfabrik
Fr.	22.6.	23:30	Goa-Party
Fr.	29.6.	22:00	Shake your Ass for Ecuador
Sa.	30.6.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich: Mo. 18:00 Archiv / 18:00 Crush Hour Concerts / 20:30 Antifa - Cafe // Di. 20:00 Subklub // Do.20:00 KEINE Vokü, dafür meistens Kneipe / 21:00 Oldenburger Rechtshilfe //
Monatlich: 1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe / 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt / 2.Fr.20:30 Alhambra-Nutzerinnenplenum